Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 4.50, monatlich 1.50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum 70 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 60 Pfg., auswärtige Anzeigen 70 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 232. Sonnabend, den 4. Oktober 1919. 26. Jahrg.

Der Klarheit wegen.

Von Philipp Scheidemann.

Am 11. September habe ich in Kassel gesagt: „Ich halte die gegenwärtige Parteikonstellation weder für glücklich noch für dauerhaft. Wenn wir schon nicht allein regieren können, ich meine, wenn wir nicht eine Arbeiterregierung bekommen können, zu der die ganze Arbeiterklasse Vertrauen hat — ein Ziel, aufs innigste zu wünschen und zu erstreben im Interesse unseres ganzen Volkes, das Stetigkeit in der Produktion und Ruhe gebraucht, wenn es gesunden soll —, ich sage, wenn wir eine solche Regierung nicht haben können, sondern auf die Mitwirkung bürgerlicher Parteien angewiesen sind, so halte ich es für gut, wenn zwei bürgerliche Parteien vorhanden sind, die in gewissen Fragen sich gegenseitig die Wage halten, sodaß wir wenigstens nicht einem einseitigen Druck ausgesetzt sind. Der Austritt der Demokraten aus der Regierung war unter den gegebenen Umständen weder ein Glück für uns, noch ein Glück für die Demokraten, deren rechter, kapitalistischer Flügel desto mehr Einfluß gewinnen muß, je weiter die Partei als Ganzes sich von uns entfernt.“

Aus diesen und verwandten Gedankengängen hat die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung dem Wiedereintritt der Demokraten in die Regierung zugestimmt. Programmatisch, das sei von vornherein festgestellt, hat sich dadurch am Arbeitsplan der Koalitionsregierung nichts geändert. Andererseits sei ebenso deutlich betont, daß nunmehr die zwei bürgerlichen Parteien in der Regierung das zahlenmäßige Uebergewicht haben. Praktisch bedeutet das nichts; keine Partei kann überstimmt werden, ohne daß es zur Regierungskrise, zur Lösung der Koalition käme. Aber es zeigt unwiderleglich, in wie hohem Maße das Bürgertum herangezogen werden muß, weil das Proletariat zu keiner Einigung kommt. Und schließlich verleitet diese enge, bürgerlich starke Koalition dazu, die Unterschiede zu verwischen und zu vergessen, nicht nur den Graben nach rechts, sondern vor allem den angeblichen Abgrund nach links ins Unüberbrückbare zu verbreitern und unter dem Feldgeschrei: Hie die Verfassungsparteien! eine Gemeinsamkeit unter sich und gegen die anderen zu konstruieren, die unsere Partei ehrlich nicht anerkennen kann.

Die Demokratie hat ihre Blütenträume in ungeahntem Umfang reifen sehen! Alles, was die Revolution politisch gebracht hat, war Erfüllung ihrer Programmpunkte! Diese demokratischen Errungenschaften, die manche nur in Gänsefüßchen schreiben können und seit ihrer Verwirklichung für gar nichts halten, würden die Demokraten getreulich verteidigen helfen. Darauf würden wir rechnen, damit werden wir keine Enttäuschung erleben. Solche Kampfgemeinschaft ist in Zeiten nicht gering zu veranschlagen, wo die Reaktion nicht nur in den oppositionellen Parteien, sondern im eigenen Hause, in Einrichtungen der Republik selbst, sich zu fühlen beginnt. Sie behauptet zwar, die Aenderung der Zustände nur auf friedlichem, verfassungsmäßigem Wege erreichen zu wollen. Aber vielleicht nennt sie auch die Reichswehr einen Zustand und durchsetzt ihn auf friedlichem Wege solange mit monarchistischen Offizieren, bis die Aenderung plötzlich da ist. Das wollen wir schon in den Anfängen vereiteln, und wenn uns die Demokraten hier im Sinne ihres alten Parteinamens helfen, wenn sie mit uns der Militärreaktion alle Gallifet-Augen von vornherein von ihrer Suppe schöpfen, dann hat die erweiterte Koalition sich schon bezahlt gemacht.

Skeptischer sind wir in wirtschaftlichen Fragen. Die Rede des Abgeordneten und heutigen Ministers Schiffer nach der Ratifikation des Friedens war deutlich. Aber wir wollen nicht nach Worten, sondern nach Taten urteilen. Die nächsten Wochen bringen die Vollendung der Steuergesetzgebung, bringen das Betriebsrätegesetz und die Etatberatung. Stoff genug, um sich ein wirtschaftliches Alibi zu schaffen, das beweist, daß man nicht auf der Bank des Großkapitals und des alleinherrschenden Unternehmertums sitze. Wir wollen annehmen, daß Herr Friedberg nicht für seine Rede gegen die Steuern Vorsitzender des Vorstandes der Partei geworden ist; wenn er es auch trotz der Rede nicht geworden wäre, würde manches klarer sein.

All diese Erwägungen hindern eines nicht: daß wir ehrlich und voll guten Willens in die neue Koalition hineingehen! Darauf können sich die Demokraten verlassen. Aber eben um der Ehrlichkeit willen muß auch noch ein letztes gesagt werden: Bei einer Koalition setzt man ein Arbeits-, kein Weltanschauungsprogramm fest. Jeder Partei bleiben ihre Ideale; so auch uns. Und unser Ideal ist und bleibt die Arbeiterregierung, zu der die ganze Arbeiterklasse Vertrauen hat!

An der Verwirklichung dieses Ideals zu arbeiten, davon wird uns keine Parteikonstellation und keine Pateitaktik abhalten. Die Einigung der Arbeiterklasse steht über Konstellation und Taktik! Nicht daß wir einer Partei die Hand reichen und mit der anderen liebäugeln. Was wir anstreben, ist die Einigung einer Klasse und nicht das Bündnis von Parteien. Unser Zusammengehen mit Zentrum und Demokratie darf keine Absage an das Ideal bedeuten, sonst gälte für uns die furchtbare Frage: Was hülfe es dem Menschen, wenn er die ganze Welt gewönne und nähme doch Schaden an seiner Seele? Kein Wahlvorteil und keine Parlamentsmehrheit könnte die Wunde heilen, die wir dem Proletariat schlügen, wenn wir an der Notwendigkeit seiner Einigung und an dem endlichen Zustandekommen dieser Einigung nicht arbeiteten oder gar verzweifelten! Die Koalition kann gute, kann dauerhafte Gesetze machen; aber erst die geeinigte Arbeiterklasse kann ihre freudige Befolgung bringen und sie damit zu lebendigem Leben erwecken.

Das Regierungszustandekommen in Sachsen.

Aus Dresden wird gemeldet: Als Abschluß der Beratungen zwischen den Vertretern der sozialdemokratischen und der demokratischen Volkskammerfraktion über den Eintritt von Mitgliedern der demokratischen Partei in die sächsische Regierung wurde eine Verständigung darüber herbeigeführt, daß die Richtlinien der bisherigen Regierung, wie sie vom Abgeordneten Dr. Gradnauer in der Volkskammer dargelegt wurden, voll in Geltung bleiben und auch von den in die Regierung eintretenden Demokraten im wesentlichen anerkannt werden. Die demokratische Fraktion übernimmt das Kultusministerium und das Finanzministerium. Den Vorschlägen der demokratischen Fraktion entsprechend, wird der Ministerpräsident den Abgeordneten Nitzsche in das Finanzministerium und das Mitglied der Nationalversammlung Schulrat Seyfferth in das Ministerium für Kultus und Unterricht berufen.

Es ist vorauszusehen, daß nunmehr von unabhängig-kommunistischer Seite lebhaftes Geschrei über die „Verbürgerlichung“ der Sächsischen Regierung erhoben wird. Diesen Versuchen gegenüber, die lediglich agitatorischen Zwecken dienen sollen, muß von vornherein mit aller Entschiedenheit auf die Tatsache hingewiesen werden, daß die Aufforderung an die Demokraten erst erging, nachdem die Unabhängigen den Eintritt in die Regierung durch die Stellung von bewußt unannehmbaren Bedingungen unmöglich gemacht hatten. Die Sozialdemokraten haben sich, wie auch der letzte sächsische Parteitag bewies, die denkbar größte Mühe gegeben, die Unabhängigen zur Regierungsbildung heranzuziehen und dadurch dem Lande ein reines Arbeiterministerium zu geben. Aber die Unabhängigen scheuen jede Verantwortung und jede positive Arbeit. Sie wollen in der starren Opposition bleiben.

Ueber die Beseitigung des Belagerungszustandes, die Entlassung der Schutzhäftlinge, die Amnestie für politische Vergehen und die Niederschlagung aller deswegen eingeleiteten Strafverfahren war bereits eine Verständigung erzielt. Der unabhängigen Forderung nach Entfernung der Reichswehrtruppen hat unsere Partei gleichfalls insoweit zugestimmt, als es sich um Truppen handelt, die infolge des Belagerungszustandes herbeigezogen waren. Ebenso wurde über die Forderung nach beschleunigter, planmäßiger Vergesellschaftung der Wirtschaft nach sozialistischen Grundsätzen und die Ueberführung der wichtigsten Produktionsmittel und Betriebe der Industrie, Land- und Forstwirtschaft, des Handels und Verkehrs in Staatseigentum gleichfalls Verständnis erzielt, schließlich auch darüber, daß die Regierung im Sinne dieser Grundsätze auf die Reichsregierung einwirken solle. Ueber die Funktionen der Arbeiterräte wurde Einmütigkeit festgestellt, wie die Betriebsräte zur Durchführung der Sozialisierung aufrecht erhalten werden müssen. Unsere Partei hat es jedoch abgelehnt, den Arbeiterräten das Recht zuzugestehen, die Beschlüsse der Parlamente aufzuheben. Eine Zustimmung zu dieser letzteren Forderung würde dem von der klassenbewußten Arbeiterschaft während des 50 Jahre gemeinschaftlich geführten Kampfes in den Vordergrund gestellten Prinzip der Demokratie ins Gesicht geschlagen, die einseitigste Klassenherrschaft sanktioniert haben. Die U. S. P. besteht trotz dem weitesten Entgegenkommen unserer Partei auf dieser Forderung, ebenso auf dem Verlangen der paritätischen Besetzung der Regierung, obwohl sie nur 15 Plätze in der Volkskammer innehat, während unsere Partei über 42 Sitze verfügt. Von den Vertretern der Sozialdemokratischen Partei wurde als selbstverständlich betrachtet, daß nach den Neuwahlen die Zusammensetzung der Regierung entsprechend dem neuen Stärkeverhältnis erfolgen müsse.

Durch die Beteiligung der Demokraten an der Regierung erhält auch in Sachsen das parlamentarische System einen festeren Ausbau und den Regierungshandlungen wird durch die Heranziehung weiterer Volkskreise zu praktischer Mitarbeit eine breitere Basis gegeben.

Das sozialdemokratisch-demokratische Ministerium verfügt in der Kammer über eine Mehrheit, während die reine sozialdemokratische Regierung gleichsam von der parlamentarischen Gnade leben mußte.

Deutsche Nationalversammlung.

90. Sitzung.

Berlin, 3. Oktober, mittags 1 Uhr.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten.

Eingegangen ist die Novelle zum Branntweinmonopolgesetz.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anfragen.

Weinhausen (DVP.) fragt unter Hinweis auf mehrere Störungen im Post- und Telegraphenverkehr eines Landstädtchens des Regierungsbezirks Kassel mit Berlin, ob mit Eintritt der erheblich erhöhten Postgebühren wenigstens die alte Zuverlässigkeit und Schnelligkeit der Post wieder eintreten würden.

Ein Regierungsvertreter erwidert, daß trotz aller Anstrengungen, die durch die lange Kriegsdauer verursachten Mängel noch nicht beseitigt werden können, weshalb schon für die allernächste Zeit die alte Zuverlässigkeit und Schnelligkeit nicht wieder zugesagt werden können.

Dr. Riesser (DVP.) weist auf die Aeußerung des früheren Ministerpräsidenten Scheidemann in einer Versammlung in Kassel vom 11. September hin, wonach dieser an der Ablehnung des Friedensvertrages festgehalten habe, weil er auf Grund sehr wichtiger Berichte aus dem Auslande gehofft habe, daß einige Wochen der Ablehnung genügen würden, um eine gründliche Revision des Vertrages herbeizuführen, und fragt, ob die Regierung den Inhalt dieser wichtigen Berichte zur Kenntnis der Versammlung bringen wolle.

Geh. Legationsrat v. Keller: Nach Zeitungsberichten vom 12. September ds. Js. soll der frühere Ministerpräsident Scheidemann allerdings in einer Volksversammlung in Kassel am 11. September Aeußerungen, wie sie in der Anfrage enthalten sind, getan haben. Aus denselben Zeitungsberichten geht jedoch hervor, daß Herr Scheidemann sich auf Mitteilungen bezog, die er in einer Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion in der Nationalversammlung gemacht hat. Die Reichsregierung weiß nicht, worauf Herr Scheidemann in jener Fraktionssitzung seine Aeußerungen stützte. Der Minister des Aeußeren wird wohl bereit sein, im Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten darüber Aufschluß zu geben.

Auf eine Anfrage des Abgeordneten Dr. Becker-Hessen (DVp.) über die Verzögerungen bei der Begleichung von Requisitionsforderungen und Entschädigungen für Einquartierungen usw. erklärt

Geh. Regierungsrat Förster: Durch Verhandlungen ist erreicht worden, daß die englischen und amerikanischen Militärbefehlshaber jetzt die Feststellung der Vergütung gestatten, so daß nach Abschluß des Feststellungsverfahrens der Auszahlung nichts mehr im Wege steht. Die Franzosen dagegen haben ihren Standpunkt noch nicht aufgegeben. Inzwischen hat der Reichsfinanzminister den Landesregierungen reichliche Mittel zur Zahlung von Vorschüssen zur Verfügung gestellt.

Auf eine Anfrage des Abg. Deglerk (DN.) über die Zurückhaltung deutscher Zivilinternierter in überseeischen Ländern erklärt

Geh. Legationsrat v. Keller: Die im Juli vorigen Jahres im Haag zustande gekommene deutsch-britische Vereinbarung ist leider infolge des Waffenstillstandes britischerseits unausgeführt geblieben. Die britische Regierung hat sich dann aber später bereit erklärt, die in Indien und anderen überseeischen britischen Gebieten internierten deutschen Zivilpersonen heimzubefördern, sobald der dafür erforderliche Schiffsraum verfügbar sei. Die britische Regierung hat dieser Tage baldigste Entscheidung in Aussicht gestellt. Daneben ist die britische Regierung um ihr Einverständnis damit gebeten worden, daß der deutsche Dampfer „Roon“, der deutsche Seeleute aus Niederländisch-Indien heimbringt, unterwegs Indien anläuft, um von dort, soweit Platz vorhanden, deutsche Internierte mitzunehmen. Die deutsche Regierung ist mit allen für zu Gebote stehenden Mitteln bemüht, die möglichst baldige Heimschaffung aller noch in britischen überseeischen Gebieten internierten Deutschen, soweit sie in die Heimat zurückkehren wollen, zu verwirklichen.

Die Einfuhrzölle in Gold.

Auf der Tagesordnung steht die Interpellation des Abg. Dr. Heintze (DVp.), betr. Zahlung der Einfuhrzölle in Gold.

Reichsfinanzminister Erzberger: Es schweben Verhandlungen mit den Alliierten, um das deutsche Gesetz in Anwendung zu bringen. Die Verhandlungen werden in Kürze aufgenommen werden. Vor ihrem Abschluß ist es unmöglich, eine Erklärung abzugeben.

Arbeitsentgelt und Militärversorgung.

Die erste Beratung des Gesetzentwurfes, wonach Militärversorgungsgebührnisse auf das Arbeitsentgelt nicht angerechnet werden dürfen, wird fortgesetzt.

Abg. Winnefeld (DVp.): Der Entwurf kann noch manche Verbesserung erfahren.

Abg. Koenen (Unabh.): Das Gesetz beweist, daß es mit dem Dank des Vaterlandes nicht weit her ist. Solange wir mit dem Kapitalismus nicht Schluß machen, ist es nicht möglich, eine wirklich gesicherte Versorgung der Kriegsbeschädigten zu schaffen. Bei uns herrscht nicht Demokratie, sondern Bureaukratie. Die Beamten müssen genau so zu ihrem Recht kommen, wie die übrigen Kriegsbeschädigten.

Die Vorlage wird dem Ausschuß überwiesen.

Wohnungsfragen.

Auf der Tagesordnung steht sodann die Interpellation Wachhorst de Wente (Dem.), betr. Bewilligung weiterer Mittel zur Errichtung von Kleinwohnungen.

Wachhorst de Wente (Dem.): Der Staat hat die Pflicht, auf dem Gebiet der Wohnungsfürsorge finanziell einzugreifen. Es ist so schlimm, daß man nicht mehr von einer Wohnungsnot, sondern von einem Wohnungselend sprechen muß. Diese Frage kann nur gelöst werden, wenn das Reich, die Länder und die Gemeinden zusammenwirken. Die bisher hierfür ausgeworfenen Mittel genügen nicht, es sind weit größere Opfer nötig. Es kann auch billiger gebaut werden, und es muß in Zukunft billiger gebaut werden. Weiter wird darüber geklagt, daß die Großstädte bei der Verteilung der Beihilfe zu sehr bevorzugt werden. Von der ganzen bisher ausgegebenen Summe haben die kleinen Städte nur ein Zwanzigstel erhalten. Neunzehn Zwanzigstel sind für den Wohnungsbau in den Großstädten aufgewendet worden. Der Wohnungsbau in kleinen Städten und vor allem in Bergwerksorten ist wichtiger als in den Groß- und Industriestädten. Wenn wir den Bergwerks- und Grubenarbeitern einwandfreie Wohnungen schaffen, wird das zur größeren Arbeitsfreudigkeit beitragen.

Arbeitsminister Schlicke: Die Regierung ist bestrebt, auf dem Gebiete der Wohnungsfrage alles zu tun, was zu tun in ihren Kräften steht. Sie hat die Baukostenzuschüsse von 500 Millionen Mark um 150 Millionen Mark erhöht, aber auch dieser Betrag reicht nicht aus, um auch nur die dringendsten Bedürfnisse zu erfüllen. Dieser Weg kann schon aus Mangel an Mitteln nicht

zum Ziele führen. Der besonders großen Wohnungsnot in den besetzten Gebieten ist sich die Regierung bewußt, und wird zur Abstellung dieser Mängel selbständig vorgehen. Die Wohnungsfrage ist in den Großstädten am brennendsten. Der Bau von Lehmbauten soll ganz wesentlich gefördert werden. Doch auch dadurch wird leider keine durchgreifende Abhilfe geschaffen werden können.

Abg. Gölzer (Soz.): Die Verhältnisse sind unhaltbar. Staat und Reich müssen helfen. Nach unseren Informationen ist von dem bewilligten Gelde nichts mehr vorhanden. Private sind heute nicht mehr in der Lage, zu bauen, sondern nur größere Verbände, die vom Staat und von den Behörden Zuschüsse erhalten. Doch auch diesen fällt es heute schon schwer, zu bauen, weil das Material fehlt. Holzbauten gehen am schnellsten. Allerdings nur für kleine Wohnungen, am besten in Vororten. Es müssen Musterbauten aufgeführt werden. Mit den bisher zur Verfügung gestellten Mitteln kann der Wohnungsnot nicht abgeholfen werden.

Es sprechen noch Abg. Schirmer (Z.) und Abg. Mumm (DN.), worauf der Reichskommissar für das Wohnungswesen, Unterstaatssekretär Scheidt, darlegt, die Verhandlungen mit dem Finanzministerium haben sich immer so verzögert, daß es nicht gelungen ist, schnell neue Mittel bereit zu stellen. Luxusbauten sind verboten. Wenn trotzdem z. B. Kinobauten ausgeführt werden, so liegt entweder ein Versäumnis des Bezirkswohnungskommissars vor, oder eine Uebertretung des Verbots. Es ist daher in Aussicht genommen, auf derartige Uebertretungen eine außerordentlich hohe Strafe zu setzen. Die Kohlennot wird noch größer werden, da der Industrie künftig 50 Prozent weniger Kohlen zur Verfügung gestellt werden. Umsomehr muß mit Ersatzmaterial gebaut werden. Holzbauten stellen sich zu teuer. Mit Lehmbauten hat man bessere Erfahrungen gemacht. Auch über die nachträglich bewilligten 150 Millionen Mark ist bereits restlos verfügt worden. Auch ich bin für die Ausschaltung von Mietskasernen. (Beifall.)

Abg. Henke (Unabh.): In erster Linie leidet die Arbeiterschaft unter der Wohnungsnot. Das gesamte Wohnungswesen muß sozialisiert werden. Die Gemeinden müssen allen Grund und Boden erwerben eventuell gegen Entschädigung.

Es spricht noch Abg. Oertel (DVp.), womit die Interpellation erledigt ist.

Sonnabend 1 Uhr: Ergänzung zum Besoldungsetat. Berichte der Ausschüsse für Petitionen und Volkswirtschaft.

Schluß 5 Uhr.

Aus der Nationalversammlung.

Untersuchung der Schuld am Kriege.

Der Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung über die Kriegsschuldfragen einigte sich am Donnerstag über die Besetzung der vier Unterausschüsse. Der erste (Vorgeschichte des Krieges) besteht aus 3 Mehrheitssozialisten, 1 Demokraten, 1 Zentrumsmitglied, 2 Mitgliedern der Rechtsparteien und 1 Unabhängigen. Der zweite (Friedensmöglichkeiten) besteht aus 2 Mehrheitssozialisten, 2 Demokraten, 1 Zentrumsmitglied und 1 Mitglied der Rechten. Dem dritten (militärische Maßnahmen) gehören an 2 Mehrheitssozialisten, 1 Demokrat, 1 Zentrumsmitglied und 1 Unabhängiger. Der vierte (wirtschaftliche Maßnahmen) besteht aus 2 Mehrheitssozialisten, 2 Zentrumsmitgliedern und 1 Mitglied der Rechten. Zur Bildung eines Bureaus und zur Honorierung von Hilfsarbeitern und Sachverständigen sollen zunächst 100 000 Mark angefordert werden. Auch die Frage des Verhältnisses zwischen Zivil- und Militärgewalt soll geprüft werden, ebenso die Frage der Schuld am Zusammenbruch. Ueber die Oeffentlichkeit der Sitzungen wird endgültig erst entschieden werden, nachdem der Ausschuß einen Bericht über das Untersuchungsverfahren in anderen Ländern gehört hat. Beschlossen wurde die Herausgabe eines amtlichen Verhandlungsberichtes.

Das Betriebsrätegesetz.

Im Ausschuß der Nationalversammlung für das Betriebsrätegesetz begründete Dr. Hitze (Z.) folgenden von den Mehrheitsparteien vereinbarten Kompromißantrag, wonach in Artikel 1 die folgenden Bestimmungen eingefügt werden: a) zur Wahrnehmung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer (Arbeiter und Angestellten) des Betriebes den Arbeitgebern gegenüber und zur Unterstützung der Arbeitgeber in der Erfüllung der Betriebszwecke sind in allen Betrieben, die in der Regel mindestens 20 Arbeitnehmer beschäftigen, Betriebsräte zu errichten; b) sind in solchen Betrieben mindestens 5 Arbeiter und Angestellte beschäftigt und einigt sich die Mehrheit beider Gruppen nicht auf einen gemeinsamen Betriebsobmann, so wählen die Arbeiter und die Angestellten je einen Betriebsobmann. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Außerdem wurde beschlossen, den Betriebsobmann in den Gewerbebetrieben von fünf Arbeitern einzuführen. Abgelehnt wurde dagegen ein Antrag Hitze, in landwirtschaftlichen Betrieben den Betriebsobmann erst bei 10 Beschäftigten zu wählen. Angenommen wurde ein weiterer Antrag der Mehrheitsparteien, der die Aufstellung und Bildung von eigenen Gruppen von Angestellten- und Arbeiterräten zur Wahrnehmung ihrer speziellen Interessenforderungen vorsieht.

Die Zentrumsparlamentskorrespondenz behauptet, daß die Vereinbarung beschlossen worden sei, für die Angestellten besondere Betriebsräte zu errichten.

Zur Ehrenrettung der Arbeiter- und Soldaten-Räte.

Die Genossen Löbe und Sollmann haben in der Nationalversammlung eine Anfrage gestellt, in der sie darauf verweisen, daß das Reichsfinanzministerium am 9. August eine Anfrage des Abgeordneten Schiffer über die Finanzgebarung der Arbeiter- und Soldatenräte in einseitiger, irreführender und zum Teil nachweislich falscher Weise beantwortet habe. Es wird nun gefragt, ob die Reichsregierung Auskunft geben kann über die notwendigen Verwaltungsausgaben der Arbeiter- und Soldatenräte infolge der Kopflosigkeit und des Versagens der Militär- und Zivilbehörden während der Revolution, ferner über die Kosten für die Rückführung teilweiser aufgelöster Truppenteile in die Heimat, für die Verpflegung der Truppen, für den Abtransport aufgelöster Truppen aus zahlreichen Garnisonstädten, für die Besoldung von Sicherheitsmannschaften zur Wiederherstellung und Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und schließlich über diejenigen Werte, insbesondere an Heeresgut, welche durch die A.- und S.-Räte für die Allgemeinheit gerettet worden sind. Dann wird noch gefragt, seit wann und auf welche Weise sich die Reichsregierung bemüht habe, über die positiven Leistungen der A.- und S.-Räte Material zu erlangen.

Teuerungszulagen für Postangestellte.

Der Haushaltsausschuß der Nationalversammlung setzte die Beratung des Postetats fort. Die bei der Post beschäftigt gewesenen Kriegsgefangenen werden, wie der Minister mitteilte, selbstverständlich wieder in den Dienst eingestellt werden. Der Demokrat Delius regte an, die Töchter bemittelter Eltern, die bei der Post angestellt seien, evtl. zugunsten beschäftigungsloser Kriegsbeschädigter zu entlassen. Im weiteren Verlauf der Beratungen des Postetats teilte Minister Giesberts mit, daß auch den Lohnangestellten eine einmalige Zulage gezahlt werden sollte, und zwar den Verheirateten 600 Mk., ferner für jedes Kind 200 Mk., und den Ledigen 400 Mk. Ledige Angestellte unter 21 Jahren werden nur die Hälfte erhalten.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Zur Ratifikation des Friedensvertrages.

Ueber die Ratifizierung des von der französischen Kammer genehmigten Versailler Friedens wird der „Vossischen Zeitung" gemeldet: Im günstigsten Falle wird der französische Senat den Vertrag etwa Mitte Oktober ratifizieren. Das englische Parlament hat die Ratifizierung noch nicht vorgenommen, so daß das Dekret des Königs von England auch noch nicht erscheinen konnte. Im amerikanischen Senat wird es noch mindestens 6 Wochen dauern, bevor die Ratifizierung zustande kommt und in Italien dürfte es kaum noch zu der Ratifizierung kommen. Im besten Falle kann der Versailler Vertrag im Laufe des Dezember in Kraft treten, da hierzu die Ratifizierung durch drei Ententegroßmächte erforderlich ist.

Rußland.

Sowjetrußlands angebliche Friedensversuche. Ein Friedensgesuch der Sowjetregierung soll, nach einer Budapester Meldung, von dem dortigen rumänischen Oberbefehlshaber bekanntgemacht worden sein. Russische Vertreter sollen an der finnischen Grenze eingetroffen sein, unterwegs nach Stockholm zu den Ententegesandten. Die „Times" schwächen die erste Sensationsmeldung der Agentur Radio schon ab; das russische Friedensangebot an Amerika sei zwar nicht offiziell von der Sowjetregierung, aber in deren Auftrag von mehreren ihrer Vertreter ausgegangen. Bis jetzt erachte man die unverbindliche russische Mitteilung als nicht genügend, um daraufhin Entschlüsse zu fassen. Balfour erklärte, daß ihm von einem russischen Friedensangebot noch keine offizielle Mitteilung aus Washington vorliege. Er wisse nur absolut zuverlässig, daß die Räteregierung in Moskau unmittelbar vor dem Zusammenbruch stehe. „Times" melden aus Omsk, daß Denikin große Fortschritte in der Richtung nach Moskau macht. — Nach diesen Meldungen erscheint es glaubhaft, daß Abgesandte der Sowjetrepublik mit Vertretern der Entente verhandeln, um mit dieser noch zu einem leidlichen Frieden zu gelangen, bevor das bolschewistische Regime unter den Stößen der Gegenrevolution völlig zusammenbricht.

Kein Rücktritt der Sowjetregierung. Der Stockholmer Vertreter der Sowjetregierung Fredrik Stroem erklärt die Nachricht von dem bevorstehenden Rücktritt der Sowjetregierung für vollständig unbegründet. Die Stellung Lenins sei fester denn je.

Frankreich.

Wirtschaftliche Annäherung an Deutschland. Der Amsterdamer Telegraaf bringt ein Telegramm, in dem es heißt, daß das französische Ministerium für den Wiederaufbau der Industrie an die französischen Industriellen ein Schreiben gerichtet habe, in dem sie aufgefordert werden, von nun an die Einkäufe in England und in den Vereinigten Staaten auf das äußerste zu beschränken mit Rücksicht auf den Wechselkurs. Trotz der natürlichen Hemmung soll sich die französische Industrie nicht länger zurückhalten; die nötigen Maschinen und Werkzeuge, die sie zu ganz außerordentlich guten Preisen und langen Lieferfristen erhalten kann, in Deutschland zu kaufen. Von nun an sei die Korrespondenz mit allen deutschen und österreichischen Lieferanten vollkommen freigegeben. Der Pariser Korrespondent des Telegraaf bemerkt hierzu, daß dieses Schreiben des Ministers das Ergebnis des Mißerfolges der langen Bemühungen Frankreichs sei, in England eine Stabilisierung seines Wechselkurses durchzusetzen.

Sozialistische Erklärung zur Friedensunterzeichnung. Namens der soz. Kammerfraktion gab Lafont eine Erklärung ab, in der es heißt: Eine Unterschrift, die von allergrößter Bedeutung sei, fehle unter dem Vertrage, die Rußlands. Ohne Rußland sei es nicht möglich, das Gleichgewicht Europas wieder herzustellen und über das Schicksal von Europa und Asien zu verfügen. Vor den Toren Elsaß-Lothringens sei das Saargebiet vergewaltigt worden. Man schaffe dadurch eine neue Quelle von Reibungen, die für Frankreich nur unangenehme Folgen haben können. Durch die Aufteilung der deutschen Kolonien beraube man Deutschland kostbarer Absatzquellen und unumgänglich nötiger Bezugsquellen und zwar in demselben Augenblick, wo man alle finanzielle Hoffnungen des Friedensvertrages auf die Entfaltung seines materiellen Aufschwunges setze. Das sei ein schlechtes Geschäft und eine schlechte Handlung zugleich. Zum Schluß drückt die sozialistische Kammerfraktion ihre Bedenken über den Geist aus, mit dem die Anstrengungen, die Deutschland und Rußland machten, um sich von den Fesseln der Vergangenheit zu befreien, in den alliierten Ländern aufgenommen wurden. Es sei zu befürchten, daß die gegenwärtige Politik dazu führen werde, überall die Reaktion zu stärken. Daher müsse die sozialistische Kammerfraktion den bürgerlichen Parteien volle Verantwortung für den Friedensvertrag überlassen.

Die 53 Deputierten, die gegen den Friedensvertrag stimmten, umfassen 49 Sozialisten und 4 Mitglieder verschiedener Gruppen. 73 Deputierte enthielten sich der Stimmabgabe, darunter 33 Sozialisten, 5 republikanische Sozialisten, 18 radikale Sozialisten, 2 Unabhängige, 2 Republikaner verschiedener Gruppen, 4 Radikale, 3 Konservative, 20 Deputierte waren wegen Urlaubs abwesend.

Italien.

d'Annunzios Abenteuer. Gabriele d'Annunzio, der italienische Kriegssänger seit dem Tripoliszuge, ist in der Welt viel belacht worden. Damit kommt man heute nicht mehr aus. Sein Zug nach Fiume und der bisherige Verlauf dieses kühnen Abenteuers sprechen dafür, daß er als politischer Faktor gewertet werden muß. d'Annunzio ist stärker als die italienische Regierung und selbst der Entente gegenüber eine Macht. Er ist heute der unbestrittene Herr von Fiume und für die sehr aktiven italienischen Nationalisten ein Programm. Der Zulauf zu seiner Schar ist den Zeitungsnachrichten zufolge noch immer rege. Die Entente scheint sich in die Fiumefrage nicht offiziell einmischen zu wollen oder zu können. Sie läßt die Dinge treiben. Nun hat d'Annunzio — ermutigt durch diese Passivität — sein Unternehmen ins Hinterland von Fiume ausgedehnt und, wie es scheint, sogar den Jugoslawen, die ihm den Besitz von Fiume streitig machen wollen, den Krieg erklärt.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Sonnabend, 4. Oktober.

Eine große Volksversammlung

findet am kommenden Montag abend im Gewerkschaftshause statt. Genosse Otto Wels-Berlin, Vorsitzender des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, wird über das besonders aktuelle Thema „Die Sozialdemokratie und ihre Gegner" sprechen. Die Zeit erfordert es, daß die Arbeiterschaft sich Klarheit über die gegenwärtige politische Situation schafft und die Gefahren erkennt, die den Errungenschaften der Revolution durch die Maulwurfsarbeit von rechts und links drohen. Parteigenossen, Arbeiter, sorgt für einen Massenbesuch der Versammlung und seid rechtzeitig zur Stelle!

Graue Wolken.

Der Herbst hat über den Himmel sein dunkles Gewölk gespannt. Alles Sonnenleuchten ist erloschen. Alle Freude ist von der Welt genommen. Die Häuser der Vorstadt liegen, als wären sie mit dunklen Schleiern überspannt. Nicht nur alle Farben sind gedämpft, sondern auch alle Geräusche. Wie im Nebel geistern die Wagen der Elektrischen heran. Die Glühbirnen, die jetzt fast den ganzen Tag brennen, glimmen trübe. Die Pferde, die vor einem schwer beladenen, knarrenden Wagen keuchen, dampfen. Ihre dunklen Leiber zerfließen in der Luft. Ein Kindergeschrei gellt aus dem Wesenlosen. Ein Hundegekläff ist ganz in der Ferne aufgesprungen. Und die Menschen schreiten mit lautlosen Schritten durch den Nebel, gleiten aus dem Dunkel heraus, gleiten wieder in das Dunkel hinein.

Was ist Morgen? Alle Stunden, die im Zeichen des Tages stehen, zerfließen in eine bleigraue Dämmerung. Das Straßenbild ist milder und eintöniger geworden, als es sonst zu sein pflegte. Ein fröstelndes Naß, das doch kein Regen ist, feuchtet das Pflaster. Und die Häuserwände stehen finster und verschlafen. Ein paar Frauen schleichen vorüber. Sie haben Handtaschen oder Körbe am Arme. Zum Einhalen. Um die Schultern haben sie lange Tücher geschlagen. Ein Frösteln geht durch ihre abgemergelten Körper. Die Nahrungsmittel sind karg und auch die Feuerung ist knap. Keine Wärme im Leibe und keine Wärme in der Stube! Und daheim hocken die Kinder mit blauweißen Gesichtern und hungrigen Augen . . .

Das Grau tönt sich imer mehr ins Blaue. Es will Abend werden. Schon gellen die Rufe der Zeitungshändler wieder durch die Straße. Irgend eine sensationelle Ueberschrift brüllen sie mit heiseren Kehlen aus. Aber das interessiert nur die wenigsten. Die meisten eilen stumpf und dumpf ihres Weges. Der knurrende Magen und die fröstelnden Glieder sprechen eindringlicher als alle Politik. Hier und da flammen ein paar Gasflammen auf. Ihr gelber Schein beleuchtet die armseligen Auslagen irgend eines Schaufensters. Niemand bleibt vor ihnen stehen, niemand würdigt sie einer Betrachtung. Alle Schaulust ist ausgestorben, alles Interesse erstorben. Immer dichter wird der Nebel, immer feuchter die Luft. Naß liegt das Pflaster und die dunklen Hausmauern liegen schwarz, fröstelnd, unheimlich da. Der Herbsttag will zur Herbstnacht werden. Schon hat ein Wind eingesetzt. Der schwingt um die Dächer un dGiebel. Und sein stoßender Atem ist wie ein leises Weinen. . . .

Einstellung des Straßenbahnverkehrs.

Wir berichteten gestern schon kurz, daß der Straßenbahnbetrieb wegen Kohlenmangels heute eingestellt würde. Es fanden gestern zwei Sitzungen statt, an denen neben Vertretern des Senats, der Ortskohlenstelle und der Industriellen auch Obleute der Arbeiterausschüsse teilnahmen. Wie dort berichtet wurde, ist der Bürgermeister beim Kohlenkommissar in Hamburg und beim Reichskohlenkommissar in Berlin vorstellig geworden und hat dringend die Belieferung Lübecks mit Kohlen verlangt. Ebenfalls hat man sich auch an die Direktion der Lübeck-Büchener Eisenbahn gewandt, um aus deren Kohlenbeständen die Ueberlandzentrale auszuhelfen. Von dort wird man auch 100 Tonnen als Aushilfe bekommen. Ferner sollen 65 Tonnen Nußkohlen, die für die Reichsbunkerstelle im Hafen liegen, ausgeliefert werden. Auf dem Hochofenwerk herrscht ebenfalls großer Kohlenmangel; man hofft aber durch energische Vorstellungen eine bessere Belieferung zu erzielen. Die Beschaffung von Kohlen für Lübeck wurde in letzter Zeit immer schwieriger. Lübeck wird zwar nicht schlechter beliefert wie andere Städte, aber das gelieferte Quantum reicht nicht aus. Die Ueberlandzentrale hat nur noch etwa 50 Tonnen Kohlen, sodaß weitgehende Einschränkungen vorgenommen werden müssen, um die Stillegung der Betriebe zu verhüten. Etwa 800 der umliegenden Ortschaften konnten von der Ueberlandzentrale nicht mehr mit Strom versorgt werden, sodaß diese schon ohne Licht und ohne Kraft sind. Wenn die Ueberlandzentrale nicht mit Kohlen vom Gaswerk ausgeholfen worden wäre, hätte der Betrieb schon längst stillgelegt werden müssen. Das Gaswerk kann aber nicht weiter aushelfen, da die Kohlenzufuhr für dasselbe augenblicklich gesperrt ist. Die vorerwähnten in Aussicht gestellten 165 Tonnen Kohlen reichen nur für drei Tage zur Versorgung der Industrie mit Strom. Schon am Dienstag hat die Ueberlandzentrale der Reichswirtschaftsstelle mitgeteilt, daß infolge Kohlenmangels die Außenstrecken abgeschaltet werden müßten. Nach anfänglichem Protest hat die Reichswirtschaftsstelle in die Abschaltung gewilligt. Nunmehr hat man auf eine größere Belieferung gedrungen. In der Sitzung wurde auch betont, daß im Schleichhandel Kohlen für 13 Mk. pro Zentner zu haben seien. Kohle sei noch vorhanden, es fehle aber hauptsächlich an Beförderungsmittel. Damit die Ueberlandzentrale vor dem völligen Stillstand bewahrt wird, sind folgende Maßnahmen vorgesehen: Einstellung des Straßenbahnbetriebes bis auf weiteres. Auf den Linien 12 und 14 sollen die Arbeiterzüge weiter verkehren; auf den Linien 3 und 9 bis 7 Uhr morgens. Dagegen fallen die Arbeiterzüge auf den Linien 1, 4, 5 fort. Die Linie 15 stellt den Verkehr ganz ein. Sobald die Ueberlandzentrale mehr Kohlen zur Verfügung hat, werden diese Maßnahmen rückgängig gemacht. Hoffentlich geschieht dies recht bald. In Altona, Harburg, Rostock und in einigen anderen Städten mußten die Ueberlandzentralen ebenfalls wegen Kohlenmangels ihren Betrieb einschränken, teilweise sogar ganz einstellen.

Die Sozialisierung marschiert. In der Versammlung der Zimmerer am 2. Oktober beschäftigten sich die zahlreich Erschienenen eingehend mit der Frage der Bildung einer Produktivgenossenschaft. Die Versammlung wählte eine Kommission, die sich mit den in Frage kommenden Kreisen in Verbindung setzen soll, um recht bald zu praktischen Ergebnissen zu kommen. Die Sozialisierung soll auf Grund des genossenschaftlichen Prinzips vor sich gehen. Als praktisches Vorbild kann in mustergültiger Weise die Konsum- und Produktivgenossenschaft „Produktion" Hamburg dienen. Der Lübecker allgemeine Konsumverein hat die gleichen Tendenzen, ist aber durch die wirtschaftlichen Verhältnisse und die Kriegswirren mehr in der Entwicklung gehemmt worden, wie die gleiche Einrichtung in der Nachbarstadt Hamburg. Die eingesetzte Kommission wird nun versuchen, entweder mit den vorhandenen Einrichtungen des Konsumvereins einen besonderen Zweig für eine Produktiv-Bauabteilung zu schaffen, oder in kameradschaftlich genossenschaftlicher Nebeneinanderarbeit eine besondere Produktiv-Genossenschaft für alle Zweige des gesamten Baugewerbes zu gründen. Die Genossenschaft muß die Rohstoffe zu den Bauten selbst in eigenen Betrieben herstellen. Ziegeleien, eigene Beförderungsmittel, Verbindung mit den Forstverwaltungen zur Be-

Schaffung von Bauholz, das ist die erste Vorbedingung. In dem Baubureau der Genossenschaft müssen die Entwürfe für ganze Wohnviertel im Einvernehmen mit den Staats- und Gemeindebehörden hergestellt und so nach einem bestimmten Plan gebaut werden. So wie das Rohmaterial zu den Bauten möglichst in eigener Regie beschafft wird, so ist auch die gesamte Ausführung durch alle Handwerker auf den Arbeitsplätzen der Genossenschaft durchzuführen. Neben den Handwerken für den Rohbau, der Maurer, Zimmerer, Töpfer, Bautischler, wird die ganze übrige Einrichtung in den Werkstätten der Genossenschaft hergestellt werden. Die weiteren Einzelheiten wird die Kommission vorberaten und ihre Entschlüsse in der Presse mitteilen. Als Eintrittsgeld ist der Betrag von 2 Mk. in Aussicht genommen, der Anteilschein mit 250 Mk., wovon 4 Anteile zu erwerben sind, je nach der Leistungsfähigkeit des Mitgliedes. Auf diese Weise schaffen 1000 Vollmitglieder ein Kapital von 1 Million Mark. Da die Genossenschaft ihren Wirkungskreis nicht auf eine Stadt beschränken kann, sondern ein ganzes Wirtschaftsgebiet umfassen muß, so ist im ersten Jahre eine Teilnehmerzahl von 5000 bis 6000 zu erwarten, und damit die Sicherheit für die Beschaffung eines Betriebskapitals von 5 Millionen Mark gesichert. Mit der Geschäftsführung einer solchen Genossenschaft ist der Betrieb einer Bankabteilung zu verbinden, sodaß die Einrichtung mit eigenem Gelde in Verbindung mit der Bankabteilung der Großeinkaufs-Genossenschaft der Konsumvereine arbeiten wird. — Das Bestreben der Arbeiter, die wirtschaftliche Umwälzung im Sinne der Sozialisierung zu fördern, bekommt durch die Gründung der Produktiv-Baugenossenschaft eine Anregung, die mit beiden Händen ergriffen wird. Keine Sozialisierung von oben, keinen Staatssozialismus und Bureaukratismus, sondern die Umwandlung der Produktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betrieben, das ist die praktische Verwirklichung des Erfurter Programms.

Tarifbewegung im Buchbindergewerbe. Eine stark besuchte Mitgliederversammlung der Zahlstelle Lübeck des deutschen Buchbinder-Verbandes beschäftigte sich am Donnestag abend mit den Abänderungsanträgen der Innung der Buchdruckereibesitzer zu unserem Tarif. Dem Bericht, den der Kollege Niemöller erstattete, ist folgendes zu entnehmen: Am Sonnabend, dem 20. September, hatten Verhandlungen zwischen den Vertretern der Innung der Buchdruckereibesitzer und den Vertretern der Zahlstelle Lübeck des deutschen Buchbinder-Verbandes stattgefunden. Die Verhandlungen führten zu einem zufriedenstellenden Ergebnis der beiderseitigen Vertreter. Zehn Tage später erhielten wir dann ganz unerwartet einige Verschlechterungsanträge. Die Anträge bedeuten eine wesentliche Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. In der Diskussion wurde dieses Gebaren der Arbeitgeber ganz entschieden verurteilt und abgelehnt. Folgende Resolution wurde dann einstimmig angenommen: Die am Donnerstag, dem 2. Oktober im Gewerkschaftshaus stattfindende Mitgliederversammlung der Zahlstelle Lübeck des deutschen Buchbinder-Verbandes nimmt mit Entrüstung Kenntnis von den Vorschlägen der Innung der Buchdruckereibesitzer, die eine bedeutende Verschlechterung des von den Vertretern der beiden Organisationen vereinbarten Tarifes darstellen. Sie lehnt diese Vorschläge ganz entschieden ab und beauftragt die Tarifkommission, die bisher gemachten Zugeständnisse zurückzuziehen und den Tarif sofort dem Schlichtungsausschuß zur Entscheidung zu überweisen.

Was wir in der nächsten Woche bekommen. Von den unter Markenzwang stehenden Lebensmitteln usw. werden in der nächsten Woche abgegeben: Brot und Mehl: 2350 Gramm Brot oder (wahlweise) 2100 Gramm Brot und 150 Gramm 94prozentiges Weizenmehl, sowie 250 Gramm amerikanisches Weizenmehl oder (wahlweise) 250 Gramm 94prozentiges Weizenmehl. Kartoffeln: Auf Abschnitt 4, Unterabschnitt 1—7 7 Pfund. Butter: 30 Gramm (36 Pfg.). Margarine: 125 Gramm (87 Pfg.). Zucker: Bis zum 26. Oktober auf Abschnitt 134/138 je 125 Gramm. Süßstoff: Eine H-Packung (50 Pfg.). Haferflocken: 250 Gramm (1,60 Mk. für 1 Pfund). Reis: 125 Gramm (3,80 Mk. für 1 Pfund). Kunsthonig: 125 Gramm (80 Pfg. für 1 Pfund). Fleisch: (bis 5. Oktober) 200 Gramm frisches Fleisch und Frischwurst, für Kinder unter 6 Jahren die Hälfte. Auf jede Fleischkarte muß Fleisch und Wurst entnommen werden, falls nicht nur Frischwurst gewünscht wird. 125 Gramm amerikanisches Schweinefleisch unter Anrechnung auf die Reichsfleischkarte (1 Mk.). 125 Gramm amerikanisches Schweinefleisch auf Abschnitt 169 der Warenkarte (2,30 Mk.).

Sprechstunden des Wohlfahrtsamtes in Travemünde und Schlutup. Aus Kreisen der Kriegsbeschädigten in Travemünde und Schlutup ist wiederholt der Wunsch ausgesprochen, in Fürsorgefragen regelmäßige Sprechstunden in beiden Orten abzuhalten. Das Wohlfahrtsamt hat, diesem Wunsche nachgebend, nunmehr die Absicht, am ersten Dienstag und Mittwoch jedes Monats, und zwar in Schlutup Dienstags von 3 bis 5 Uhr nachmittags im Bureau der amtlichen Geschäftsstelle, in Travemünde Mittwochs von 9 bis 11 Uhr vormittags in den Räumen der Geschäftsstelle der Behörde für Travemünde derartige Sprechstunden abzuhalten. Außer in Fragen der Fürsorge für Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene und Kriegsgefangene wird Rat erteilt werden in Fällen der Rechtsfürsorge für Minderbemittelte, des Mieterschutzes usw. Der erste Sprechtag findet in Schlutup am 7. Oktober, in Travemünde am 8. Oktober statt. (Siehe auch die Bekanntmachungen in der heutigen Numer dieses Blattes.

Zigarettenschwindler tauchen jetzt allenthalben auf. Sie machen sich die gegenwärtige außerordentliche Knappheit an Zigaretten zu nutze und verfahren dabei nach dem Vorbilde anderer Kriegsschwindler. Sie erlassen große Anzeigen in den Zeitungen, in denen sie Zigaretten in großen Mengen anbieten und Lieferungen gegen Voreinsendung des Betrages in Aussicht stellen. Es muß solchen Anzeigen gegenüber, soweit sie von unbekannten Firmen ausgehen, die größte Vorsicht und Zurückhaltung anempfehlen werden. Ist das Geld einmal eingeschickt, dann ist es auch verloren, denn zu holen ist von den Schwindlern gewöhnlich nichts. Als solche sind neuerdings eine Firma Heinrich Zuschlag in Hildesheim, Almstraße 11, und F. A. Haferkamp in Osnabrück aufgetaucht. Zuschlag ist wegen seiner Schwindeleien bereits verhaftet. Haferkamp soll verschwunden sein. Wer durch eine der beiden Firmen geschädigt ist, teile seine Erfahrungen der Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelfirmen in Lübeck, Parade 1, mit.

Vortragswesen der Oberschulbehörde. In der Voraussetzung, daß, wie im Vorjahre, so auch in diesem die Benutzung der Aula der Ernestinenschule trotz des Kohlenmangels im Oktober und November d. Js. möglich sein wird, veranstaltet die Oberschulbehörde demnächst eine Serie von Vorträgen, die der Direktor des Katharineums, Herr Professor Dr. Rosenthal, halten wird. Das Thema wird sein: Aus der Blütezeit griechischen Geisteslebens. Er wird uns von Homer über die drei großen Tragiker zu Perikles führen, um schließlich den Beginn der philosophischen Forschung durch eine Charakteristik der Sophisten zu geben. Diese Vorträge werden, wenn auch der Rahmen weiter gespannt ist, doch in manchen Punkten eine Ergänzung bilden zu den vor kurzem mit so großem Erfolge gehaltenen Vorträgen von Herrn Dr. Leverkühn. Ueber Zeit und Preise der Vorträge enthalten die öffentlichen Ankündigungen das Nähere.

Unterbringung von Reichswehrangehörigen in der Industrie und Landwirtschaft. Gemäß den Friedensbedingungen der Entente muß bis zum Frühjahr 1920 die Reichswehr bis auf 200 000 Mann herabgemindert werden. Infolgedessen müssen insgesamt etwa 300 000 Reichswehrangehörige zur Entlassung kommen. Es handelt sich darum, diese so schnell als möglich in der Industrie und Landwirtschaft unterzubringen. Die Handelskammer empfiehlt daher allen Betrieben, an die sich das Reichswehrgruppenkommando I zu diesem Zwecke wenden sollte, diese Bestrebungen nach Möglichkeit zu unterstützen.

Verein für volkstümliche Naturkunde. Am 27. September fand die Jahresversammlung der Gruppe für Pflanzenkunde statt. Herr Dr. Karl Buck sprach über: Unsere Pflanzenwelt im Herbst. Als erste Boten des nahenden Herbstes mögen die Blätter gelten, die bereits Ende Juli, unmittelbar nach der Sommersonnenwende aus dem Innern der Baumkronen niederrieseln. Zur Zeit der Tag- und Nachtgleiche steht die Vegetation bereits im Zeichen völligen Aufbruchs. Drei Erscheinungen des herbstlichen Pflanzenlebens fesseln uns in besonderem Maße. Die erste ist der Laubfall. Er ist vermutlich tropischen Ursprungs. Während er dort ganz unregelmäßig auftritt, ist er durch die winterliche Ungunst der gemäßigten Breiten bei uns zeitlich festgelegt, so daß er den Baum gleichzeitig vor den nachteiligen Folgen von Frost, Trockenheit und Schneedruck bewahrt. Bei der Laubverfärbung bleibt in den absterbenden Blättern ein gelber Farbstoff zurück, zu dem vielfach ein blauer bezw. roter tritt, aus deren Mischung der bunte Zauber der Oktobertage erblüht. Weiter fesselt die Art der Einwinterung unserer Pflanzen. Baum und Strauch schützen Zweige und Knospen durch die luft- und wasserdichte Rinde. Die Stauden verschwinden bis auf einen unterirdischen Wurzelstock, eine Zwiebel oder Knolle. Die einjährigen Kräuter vergehen völlig bis auf das den Winter überdauernde Samenkorn. Die ganze Pflanzenwelt steht gegenwärtig im Zeichen der Fruchtreife. Die Zahl der von jeder Pflanze erzeugten Samen ist so ungeheuer, daß die Nachkommen einer einzigen Bilsenkrautpflanze in 7 Jahren die ganze Erdoberfläche besiedelt haben könnten, wenn nicht die meisten im Kampf um den Lebensraum unterliegen würden. In den Dienst der Verbreitung tritt außer Wasser und Tieren (Klettfrüchte, Beeren) vor allem der Wind (Flügelbildung, Feder- und Flugschirmeinrichtung). Die Wintervorträge am letzten Sonnabend in jedem Monat werden sich größtenteils einem Zyklus über „Bau und Leben der Pflanze" eingliedern. Für Ende Oktober ist ein Ausflug nach Hamburg in Aussicht genommen.

Stadttheater. Am Sonntag wird nachmittags 2½ Uhr Gerh. Hauptmanns Diebeskomödie „Biberpelz" für den Arbeiterbildungsverein gegeben. Abends wird „Lohengrin" wiederholt. Die Vorstellung beginnt um 6½ Uhr. In der „Florentinischen Tragödie", die zum Schluß der Morgenfeier „Neue Lyrik" gegeben wird, tritt in der Rolle des Prinzen Guido der neuverpflichtete jugendliche Liebhaber, Herr Heinrich Schroth, zum erstenmal auf. — Am Mittwoch wird der erste Strindberg in dieser Spielzeit gegeben. Und zwar gelangt in der Inszenierung des Oberspielleiters Rudolf von Lossow die vieraktige Komödie „Kameraden" zur Aufführung.

Ein sinnentstellender Fehler hat sich in die gestrige Polemik gegen die hahnebüchenen Eisenbahn-Zeitungs-Anwürfe eingeschlichen. Es muß dort in dem dritten Absatz selbstverständlich heißen, daß wir die Verkehrung einer Behauptung in ihr Gegenteil nicht für natürlich halten.

Ermittelt und festgenommen wurden zwei hier wohnhafte Arbeiter, die in der vergangenen Woche einen auf dem Moislinger Rangierbahnhofe befindlich gewesenen Eisenbahnwagen erbrochen und aus demselben einen größeren Reisekorb mit wertvollen Kleidungsstücken und 1 Kiste Fruchtbonbons gestohlen haben. Dieselben sind überführt worden, Ende August oder Anfang September d. J. einen Einbruchsdiebstahl in einer Villa in Scharbeutz ausgeführt zu haben, bei dem ihnen größere Quantitäten Lebensmittel in die Hände gefallen sind. Des weiteren wurde der Kraftwagenführer Walter S. festgenommen, der in der vergangenen Woche aus einem in der Louisenstraße belegenen Stalle ein Schwein gestohlen hat, das er an Ort und Stelle abschlachtete und dessen Fleisch er später veräußerte. In obiger Sache wird S. sich wegen Hehlerei zu verantworten haben, da er einen großen Teil der gestohlenen Kleidungsstücke an sich brachte und unter unwahren Angaben in der Klemenstwiete verkaufte.

---

sch. **Travemünde.** Der Ausschuß zur Hebung der wirtschaftlichen Interessen Travemündes beschäftigte sich kürzlich in einer Sitzung, an der auch Hotel- und Pensionsbesitzer teilnahmen, mit der Frage der Einrichtung einer Winterkurzeit in Travemünde. Verschiedene Anzeichen beweisen, daß es jetzt an der Zeit ist, die schon öfters erörterte Frage einer Lösung entgegenzuführen. In diesem Winter wird durch die Belegung der Villen mit Flüchtlingsfamilien, Truppenangehörigen usw. ohnehin ein stärkerer Verkehr stattfinden, auch Anmeldungen von Gästen für den Winter liegen bereits vor und es ist anzunehmen, daß bei einem teilweisen Offenhalten des Kursaales und des Warmbadehauses der Verkehr sich günstig entwickeln würde. Die Versammlung war der Ansicht, daß eine solche Maßnahme durchaus im Interesse Travemündes läge und dahingehende Bestrebungen zu unterstützen seien. Eine zweite Beratung soll zu weiterer Klärung der Frage in nächster Zeit stattfinden.

Eutin. Jugendversammlung. Donnerstag abend begann zum ersten Male in einem Raum der landwirtschaftlichen Schule, in der in den folgenden Wochen das Jugendheim eingerichtet werden soll, eine Mitgliederversammlung der Freien Jugend-Organisation. Nach der Aufnahme von fünf neuen Mitgliedern, begann Genosse Laufer mit der Abrechnung vom Stiftungsfest. Er stellte fest, daß am besagten Abend 202,75 Mark eingenommen seien. Davon aber gehen für die Bezahlung des Saales, der Musik und der Mitwirkenden allein 291,70 Mark ab, sodaß ein Fehlbetrag von 81,45 Mark entstehe, der durch die Kasse der Freien Jugend-Organisation zu decken sei. Dieser Antrag des Genossen Laufer wurde ohne weitere Debatte angenommen. Genosse Wetzel bemerkte hierzu noch, daß nur das Nichterscheinen der Arbeiterschaft auf dem Stiftungsfest diese Unterbilanz habe verursachen können, was um so bedauerlicher sei, da gerade an diesem Abend den älteren Genossen die Zwecke und Ziele und Bestrebungen der Freien Jugend-Organisation anschaulich vor Augen hätten geführt werden können. Im Punkt 2 der Tagesordnung berichtete Genosse Haß vom Verlauf der in Kiel stattgefundenen Jugendkonferenz, unter besonderer Hervorhebung, daß die Mitgliedschaft und das Mitbestimmungsrecht nur bis zum 18. Lebensjahre gehen sollte. Nachdem der Vorsitzende, Genosse Wetzel, die notwendigsten Erklärungen über die von der Arbeitskommission zu erledigenden Arbeiten abgegeben hatte, schritt man zur Wahl der Mitglieder derselben, die 3 männliche und 3 weibliche Mitglieder umfassen soll. Es wurden gewählt die Genossinnen Burmeister, Kreutzfeld und Benn und die Genossen Laufer, Langbehn und Rehm. Ferner war das Arbeitsprogramm für den Oktober festzulegen: Sonntag, 5. 10.: Tour um den großen Eutiner See. Sammelplatz Voßhaus, 3 Uhr. Dienstag, 7. 10.: Abendtour nach Dodau, Sammelplatz Markt ½8 Uhr. Freiag, 10.10.: Einweihung des Jugendheims. Mittwoch, 15. 10.: Vortragsabend. Referent Professor Tönnies. Freitag, 17. 10.: Vortragsabend. Referent Genosse Wetzel. Dienstag, 21. 10.: Gemeinsamer Vortrag der Genossen Haß und Laufer. Freitag, 24. 10.: Vortragsabend. Referent Hauptlehrer Bartels-Liensfeld. Sonntag, 26. 10.: Morgens 7½ Uhr Tour nach dem Bungsberg. Dienstag, 28. 10.: Vortragsabend. Referent Professor Tönnies. Freitag, 31. 10.: Monatsversamlung. Sonntag, 19. 10.: Vortragsabend. Referent Genosse Theß. Nach der Neuwahl eines Hilfskassierers, des Gen. Neumann, überbrachte Genosse Laufer die ihm von Lübecker Jugendgenossen gemachten Vorschläge, das Rauchen und Tanzen, wenn irgend möglich, zu unterlassen, und das Losungswort „Frei Heil" anzunehmen. Damit fand die Mitgliederversammlung ihren Schluß. I. I.

Schönberg. Gestohlen wurden auf Hof Lockwisch am Mittwoch nachmittag drei Pferde (eine Fuchsstute, ein Fuchswallach und ein brauner Wallach), zusammen im Werte von 20 000 Mark. Als Dieb kommt der dort im Dienst stehende Knecht Brockmann in Frage. Derselbe sollte mit den drei Pferden nachmittags auf dem Acker pflügen. Statt dessen verschwand er mit den Tieren. Erst am anderen Morgen wurde von der Gutsverwaltung entdeckt, daß Pferde und Knecht fehlten. Der Dieb trug einen Waffenrock, graue Hosen, Wickelgamaschen und zerrissene Schuhe. Auf seine Ergreifung sind 500 Mk. Belohnung ausgesetzt.

Hamburg. Durch eine explodierende Mine getötet. Bei einem Ausflug nach List auf Sylt machten sich Hamburger Ferienkinder mit einer angetriebenen Mine zu schaffen, wobei sie explodierte. Zwei Knaben wurden sofort getötet und zwei andere schwer verletzt. — Ein frecher Raubüberfall. Zwei Burschen, erst kürzlich aus Amerika nach hier gekommene Deutsch-Amerikaner, hielten in der Nacht zum Freitag gegen 2 Uhr auf der Esplanade einen Kaufmann an. Während der eine ihm den Revolver vorhielt, durchsuchte der andere seine Taschen. Da sie nichts Besonderes fanden, ließen sie ihn laufen und forderten ihn auf, nach Hause zu gehen. Das tat er jedoch nicht, sondern erstattete in der Dammtorwache Meldung, worauf sich drei Wachtmeister auf die Suche machten. Auf dem Neuen Jungfernstieg, an der Ecke der Kolonaden, gelang es ihnen, die Burschen zu finden, die beim Herannahen der Polizisten die Flucht ergriffen. Eine andere, ihnen entgegenkommende Polizeipatrouille trieb sie aber in die Enge, so daß es gelang, die Burschen zu verhaften. — Von Einbrechern niedergeschlagen. In der Adolfstraße wurde am Donnerstag vormittag ein Einbruch ausgeführt. Die Diebe hatten bereits die Wohnungstür erbrochen, als sie von der Inhaberin überrascht wurden. Einer der Burschen versetzte der etwa 30jährigen, um Hilfe schreienden Frau einen Schlag, daß sie zu Boden stürzte. Darauf raubten die Einbrecher aus einem Schranke Silbersachen und ergriffen die Flucht. Die Täter waren 18- bis 20jährige Burschen. — Ein Mann, der alles zu Tränen rührte, erschien gestern in der Polizeiwache 44. Der Unbekannte hatte einen Behälter bei sich, der anscheinend zerbrochen war und aus dem eine dunkle Flüssigkeit durchsickerte. Er gab an, daß er den Behälter mit der Flüssigkeit in seinem Schornstein gefunden habe. Während der Erzählung rollten nicht nur dem Ueberbringer des eigenartigen Behälters, sondern auch den Beamten der Wache die Tränen über die Wangen. Der Inhalt des Behälters bestand anscheinend aus Reizgas. Während die Beamten sich ordentlich nach Herzenslust ausweinen konnten, wurde der seltsame Gast an die frische Luft befördert. Auf der Straße rührte er die mit ihm in Berührung gekommenen Personen gleichfalls zu Tränen. Als diese ihn für diese weinerliche Stimmung gehörig verprügeln wollten, suchte der Unbekannte das Weite.

Kiel. Der Transportarbeiterstreik geht weiter! Die Verhandlungen, die vor dem Lohn- und Arbeitsamt stattfanden, sind gescheitert. Der Arbeitgeberbund hat seine Mitglieder in einem Zirkular aufgefordert, den neuen Vertrag nicht zu unterschreiben. Trotzdem haben bereits gegen 70 Arbeitgeber den Tarif anerkannt, bei denen die Arbeit infolgedessen wieder aufgenommen wird.

Bremen. Der Streik der Hafenarbeiter geht weiter. Am Mittwoch nachmittag berieten die streikenden Hafenarbeiter über das Angebot der Arbeiter. Aus dem von der Kommission erstatteten Bericht ist zu entnehmen, daß sich die Arbeitgeber bereiterklärt haben, den streikenden Hafenarbeitern den Tag des 30. September zu bezahlen, während sie es ablehnen, für den 12. September den geforderten halben Tag zu entschädigen. Nach ihrer Erklärung haben sie auf die Lohnforderungen der Seeleute keinen Einfluß, diese sind vom Zentralverein Deutscher Reeder zu regeln. Maßregelungen von Hafenarbeitern sollten nicht stattfinden. Nach stürmischer Debatte wurde aber das Angebot der Arbeitgeber abgelehnt

Neueste Nachrichten.

Die Tarifbewegung im Berliner Zeitungsgewerbe.

Berlin, 4. Oktober. Nach Mitteilungen in der gestrigen Versammlung der Angestellten des Berliner Zeitungsgewerbes lehnen die Arbeitgeber das Mitbestimmungsrecht der Angestellten bei Einstellungen und Beförderungen ab, erkennen es jedoch bei Entlassungen und Kündigungen an. In der Gehaltsfrage sind die Arbeitgeber bereit, sich einem unparteiischen Schlichtungsausschuß zu unterwerfen. In der geheimen Abstimmung über den Streik waren von 1403 abgegebenen Stimmen für den Streik 983, für Schlichtung 400 und ungültig 20. Da an der vorgeschriebenen Dreiviertelmajorität somit 70 Stimmen fehlen, ist der Streik abgelehnt und die weitere Behandlung des Konfliktes bleibt dem unparteiischen Schlichtungsausschuß überlassen.

Ein Aufruf an das badische Volk.

Karlsruhe, 4. Oktober. Sämtliche Fraktionen des badischen Landtages haben beschlossen, an das badische Volk einen gemeinsamen Aufruf zu richten, der auf den Ernst der Lage und auf die im kommenden Winter durch die Kohlennot und Arbeitslosigkeit drohenden Gefahren hinweist, die Bevölkerung der Städte an die Pflicht der Arbeit und Einschränkung und die Landwirte an ihre Pflicht zur Ablieferung von Lebensmitteln erinnert. — In Erfüllung eines vom bayrischen Landtage und von den Organisationen der Arbeitnehmer ausgesprochenen Wunsches hat das Arbeitsministerium drei aus dem Arbeiterstande hervorgegangene Gewerkschaftler als Gewerbekontrolleure in das Gewerbeaufsichtsamt berufen und zwar je einen Vertreter der Bau-, Metall- und Holzarbeiter.

Die französischen Neuwahlen.

Genf, 4. Oktober. Die französische Regierung hat in den Wandelgängen der Kammer ankündigen lassen, daß sie am Dienstag einen Gesetzentwurf einbringen wird über die Neuwahlen, die am 9. November stattfinden. Nach den Bestimmungen des Wahlgesetzes ist es notwendig, daß die Kammer spätestens am 17. Oktober geschlossen wird.

Das Heer für d'Annunzio.

Lugano, 3. Oktober. In Paris ist die Nachricht eingelaufen, daß die Führer des italienischen Heeres d'Annunzio sich zur Verfügung gestellt haben, falls die Südslawen einen Angriff auf Fiume unternehmen. Aus den dalmatinischen Küstenstädten werden Unruhen und Zusammenstöße zwischen serbischen und italienischen Truppen gemeldet. Ein italienischer Dampfer wurde bei Cattaro von den Serben beschossen.

Die „Neuyork Times" melden, daß die amerikanische Friedensdelegation ein Telegramm des Kommandeurs der amerikanischen Seestreitkräfte in der Adria erhalten habe, daß die Südslawen an der ganzen dalmatinischen Küste die größte Vorsicht übten, um einen Zusammenstoß mit den italienischen Truppen zu vermeiden.

Das Wetter der Woche.

(Von der Lauenburgischen Wetterwarte in Mölln.)
(Nachdruck verboten.)

Am 5. Oktober ist das Wetter bei lebhaften SW.-Winden ziemlich mild, stark wolkig. Der Westen und Norden des Bezirks hat einzelne Regenfälle. Der 6. Oktober bringt bei auffrischenden S.-Winden vorübergehend Aufheiterung. Die Trockenheit herrscht im Binnenlande und im Osten vor. Das Nordseeküstengebiet hat nachts Regenschauer. Einen ähnlichen Verlauf zeigt der 7. Oktober bei erhöhter Lufttwärme und mäßigen SO.-Winden. Am 8. Oktober setzen bei stark fallendem Barometer und auffrischenden SO.-Winden im Westen Trübung und Niederschläge ein, die sich später ausdehnen und am 9. den ganzen Bezirk überziehen und oft ergiebig sind. Die nach Süden und Süd-Westen wehenden Winde treten im Küstengebiet stürmisch auf. Der 10. bringt als Uebergangstag veränderliches, vorwiegend trockenes Wetter mit böigen West-Winden. Die Woche schließt (11.) mit trüber, stürmischer, milder Witterung und ausgedehnten ergiebigen Regenfällen. Das Nordseeküstengebiet hat vollen Sturm aus Süd-Westen und stellenweise Gewitter.

Verantwortlicher Redakteur: August Schulz.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Geschäfts-Uebernahme.

Einem geehrten Publikum sowie Freunden und Gönnern zur gefl. Kenntnis, daß ich die

Gastwirtschaft von Herrn C. Raalmann, Königstraße 112

käuflich übernommen habe. 8319

Es wird mein Bestreben sein, die mich beehrenden Gäste bestens zu bedienen und bitte um gütigen Zuspruch.

Hochachtungsvoll

H. Freitag.

Gleichzeitig lade ich hiermit am Sonntag nachm. 4 Uhr an zum gemütlichen **Preis-Skat** ein. Die besten Spieler erhalten Ueberraschungen. D. O.

8335 **Zentral-Hallen.**

Morgen Sonntag: Gr. Tanzkränzchen

Dienstag: Gr. Tanzkränzchen.

Friedrich-Franz-Halle.

Jeden Sonntag: Tanz

Anfang 4 Uhr. (8310) Eintritt frei.

Gasthaus z. Mühle Schlutup

Herrlich am Wasser gelegen. Angenehmer Familienaufenthalt. Gutgepflegte Weine und Biere.

8267) **Ernst Maywald.**

Gesellschaftshaus

Lindenhof

Israelsdorf

Modernstes Etablissement am Platze. 8260

Heute, Sonntag, 5. Oktbr.:

Vornehme Ballmusik.

Saalöffn. 3½ Uhr, Anf. 4 Uhr. Für genüg. Straßenbahn- u. Spätwagen-Verbindung bis Schluß ist gesorgt.

Viktor Klempau.

Küdnitz.

W. Diedelmanns Gasthof

Sonntag, 5. Oktbr. (8332

Tanzkränzchen.

Hansa-Halle.

Morgen Sonntag: (8323

Großes Tanzkränzchen.

Erstkl. Streichmusik.

Gesellschaftshaus Marli.

Morgen Sonntag:

Gr. Tanz.

8257 **Eintritt nur 30 Pfg.**

Kaffeehaus Moisling

Sonntag: Tanz.

8286) Anf. 4 Uhr.

Geniner Baum.

8284) Sonntag, d. 5. Okt.:

Tanz-Kränzchen.

Eigengebackte Kuchen.

Es ladet freundlichst ein

Eduard Hillert.

Gesellschaftshaus Fackenburg

Sonntag, den 5. Oktbr.:

Gr. Tanzmusik

Anfang 6 Uhr.

8287) **O. Diedrichsen.**

Brauerei Fackenburg.

Telefon 8585.

Sonntag, d. 5. Oktober:

Tanz-Kränzchen.

Anfang 5 Uhr:

Musik-Künster-Kapelle

8336) **Sulanke.**

Gasthof Kl.-Mühlen

Sonntag, den 5. Okt.:

Großes Tanzkränzchen

Anf. 4 Uhr. Hiera. lad. ein

8294) **Heinrich Kräger.**

Große öffentliche

Volksversammlung

am Dienstag, 7. Oktbr., abends 8 Uhr, im **„Colosseum"** in

Mölln.

Tagesordnung:

Politische Rück- u. Ausblicke.

Referent Herr **W. Bubert** aus Mölln. Mitglied der Preußisch. Landesversammlung.

Freie Aussprache.

Wählerinnen und Wähler erscheint in Massen.

Die soz. Parteileitung

8318) **S. P. D.**

Deutscher

Bauarbeiter-Verb.

Zweigverein Lübeck.

General-Versammlung

am Sonntag, dem 26. Oktober morgens 9 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:

1. Abrechnung v. 3. Quart.
2. Antrag des Vorstandes: „Der monatliche Lokalbeitrag wird bis auf weiteres beibehalten.
3. Abrechnung vom Streik der Hochbauarbeiter.
4. Bericht aus den Zahlstellen.
5. Verschiedenes.

NB. Die Zahlstellen werden gebeten zu Punkt 2 Stellung zu nehmen.

Der Bezirksvereinsvorstand.

8321)

Deutscher

Transportarb.-Verb.

Ortsverwaltung Lübeck.

Versammlung

der

Kohlenplatzarbeiter

am Montag, dem 6. Oktober abends 7½ Uhr im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:

Innere Verbandsangelegenheiten.

Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ist dringend notwendig.

Mitgliedsbücher müssen vorgezeigt werden.

Versammlung

der

Lastadiearbeiter

am Montag, dem 6. Oktober abends 5½ Uhr im Lokale „Friedrichshof".

Tages-Ordnung:

Bericht der Lohnkommission.

Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ist dringend notwendig.

Mitgliedsbücher müssen vorgezeigt werden.

8309) **Die Ortsverwaltung.**

Große öffentliche Volksversammlung

am Montag, dem 6. Oktober 1919, abends 7½ Uhr

im großen Saale des **Gewerkschaftshauses**, Johannisstraße 50-52.

Tagesordnung:

1. **Die Sozialdemokratie u. ihre Gegner**

Referent: **Otto Wels,** M. d. N., Berlin

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

2. **Freie Aussprache.** 8282

Männer und Frauen, Bürger und Arbeiter Lübecks! Erscheint in Massen!

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins.

Oeffentliche Volksversammlung

Dienstag, den 7. Oktober, abends 7½ Uhr, im Gewerkschaftshause.

Saalöffnung 7 Uhr.

Siedlerwünsche und Bauamt.

Redner: **Dr. Schomburg:** „Was ist seit der letzten Volksversammlung erreicht worden?"

Rechtsanwalt **H. Brehmer:** „Das Siedlungsamt."

Darnach freie Aussprache.

Lübeckischer Ausschuß für Siedlungsfragen

im Namen der 24 einberufenden Vereine.

8281)

Einwohnerwehr.

6. Komp. Bezirk Marli

Monats-Versammlung

am Montag, dem 6. Oktober, 7½ Uhr, im Gesellschaftshaus „Marli".

Tagesordnung: Führerwahl. 8317

Zu den 3 Ringen

Hansastraße 3.

Am Sonntag, dem 5. Oktober 1919:

Grosses Tanz-Kränzchen.

8288) **Adolf Mende.**

Anfang 6 Uhr. **Israelsdorf: „Erholung"** Schluß ??

H. Dieckelmann Inh. Wilh. Pries.

Heute Sonnabend: Großer Ball.

Verstärktes Orchester u. Ueberraschungen

Jeden Sonntag: Tanzkränzchen

mit verstärktem Orchester. Anfang 4½ Uhr. 8255

Neu-Lauerhof

Morgen Sonntag: 8250

Großes Tanzkränzchen.

Großes Orchester. Harmonieklub.

Louisenlust.

Jeden Sonntag:

Grosses Tanzkränzchen.

Beginn 5 Uhr. (8251) **Aegidius Maka.**

Kaffee und Kuchen.

Konzerthaus Fünfhausen

Sonntag, den 5. Oktober:

Vornehme Ballmusik. Anfang 4 Uhr.

8254) Jeden Dienstag: **Tanzkränzchen.**

Friedrichshof.

Sonntag, den 5. Oktober: (8233

Gr. Tanzkränzchen

Saalöffnung 4½ Uhr. Anfang 5 Uhr.

Gesellschaftshaus

Weisser Engel

8201

Ratzeb. Allee 29, Endstation der Linie 1

Jeden Sonntag und Donnerstag:

Gr. Ballmusik.

Anf. Sonntags 4½, Donnerstags 6½ Uhr

Konzerthaus Flora.

Jeden Donnerstag Anf. 6½ Uhr

und Sonntag Anf. 4½ Uhr **Tanz**

8252 **Max Siems.**

Stadthallen-Lichtspiele

Lübeck. Mühlenbrücke 13.

Nur noch 3 Tage

Die Lieblingsfrau des Maharadscha. II. Teil.

6 Akte, mit **Gunnar Tolnaes u. Lilly Jacobsen.**

Der Tausendkünstler.

Lustspiel in 2 Akten. Hauptdarsteller: **Carl Alstrup.**

Industriefilm: Von der Seidenraupe bis zur Robe

Aufführungszeiten: Industriefilm 4 und 7 Uhr. Lustspiel 4.20 und 7.20 Uhr. 8296

Die Lieblingsfrau des Maharadscha: 5 u. 8 Uhr.

Volks-Kino. Königstr. 25.

Nur noch bis Montag Erstaufführung:

Satanella

Sittendrama. Eines weiblichen Dämons Glück und Ende von **Carl Schönfeld.**

In der Hauptrolle: **Esther Carena.**

Wenn Stürme rauh vorüber ziehn.

Schauspiel in 4 Akten von **Paul Wolters.**

In der Hauptrolle **Alice Verden,** Königl. Schauspielhaus Dresden.

Die drei Glückspilze

Ein hervorragendes Lustspiel in 3 Akten von **Georg Kaiser, Henry Bender.**

8311) **Anfang 4 Uhr nachm.**

Bitte ausschneiden!

Volks-Kino Königstr. 25

Einlaßkarte

Diese Karte wird mit 20 Proz. auf allen Plätzen an der Kasse umgetauscht.

Gültig bis zum 6. 10. 1919.

Verein Fritz Reuter, Lübeck.

Plattdütschen Theater-Abend

an'n Sünnabend, dem 11. Oktober 1919, in'n Kunzerthus Flora.

Los geiht dat abends Klock 7 nich Klock 8.

Intrittspries I. Platz num. Mk. 1.50.
II. Platz num. Mk. 1.00.

Mitglieder von'n Verein un ock von'n Meckl. Plattd. Verein un Plattd. Verein „Eck" betahl'n halben Pries. 8290

Kort'n sind bi **H. Koch, Marlesgroow 15,** tau hebben. **Dei Vörstand.**

Gewerbegesellschaft.

Versammlung

der Mitglieder und deren Damen

Montag, den 6. Oktober

abends 7½ Uhr in der Flora.

Vortrag des Herrn Physikers **Pauck**-Berlin: **„Der gegenwärtige Stand der drahtlosen Telegraphie und Telephonie".** (Mit Versuchen und Vorführungen.) (8307

Einladungen durch Karten erfolgen nicht!

Adlershorst. **Jeden Sonntag und Donnerstag:** (8256 **Tanz**

EINSEGEL

Morgen Sonntag:

Gr. Tanzkränzchen (Streichmusik)

Anfang 5 Uhr. (8269) **C. Köpcke.**

Arb.-Turnverein Lübeck.

Turnfahrt nach Mölln am Sonntag, d. 5. Oktbr.

Treffpunkt: 7¼ Uhr am Bahnhof.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

8312) **Der Turnwart.**

NB. Dunkler Anzug.

Vorträge der Oberschulbehörde.

Direktor Prof. Dr. Rosenthal:

Aus der Blütezeit griechischen Geisteslebens.

6 Vorträge am 10., 17., 24. und 31. Oktober, sowie 7. und 14. November 1919, **abends 8 Uhr,** in der Aula der Ernestinenschule.

Die Karten sind an den bekannten Stellen u. abds. an der Kasse erhältlich. (8292

Konzerthaus

Zauberflöte.

Täglich: (8331

Musik- u. Gesangs-Vorträge.

Anf. 5 Uhr. **J. Fölsch.**

Hansa-Theater

Sonnabend: (8291

Erstaufführung!

Die Faschingsfee.

Sonntag, nachm. 2.30:

(Halbe Preise!)

Der Froschkönig

Gr. Märchen m. Ballett.

Abends 7 Uhr:

Der Juxbaron.

Operette von Walter Kollo.

Montag u. folg. Tage:

Die Faschingsfee.

Verein d. Musikfreunde in Lübeck.

2.

volkstüml. Konzert

Montag, den 6. Oktbr.

7½ Uhr, im Stadttheater.

Dirigent:

Franz v. Hoesslin.

Richard-Wagner-Abend.

Zur Aufführung gelangen die Ouverturen zu Holländer, Rienzi, Tannhäuser, Faustouvertüre, Wotans Abschied, Kaisermarsch, Siegfried-Idyll.

Der **Vorverkauf** beginnt am Dienstag, dem 30. 9., an der Theaterkasse, nachmittags 4—5 Uhr, und wird an den folgenden Tagen an den üblichen Kassenstunden fortgesetzt. (8271

Vorbestellungen sind nicht zulässig.

Preise der Einzelkarten: Mk. 1.50, 1.20 und 0.75.

Stadttheater Lübeck

(8306

Sonnabend, d. 4. Oktober:

Anfang 7 Uhr.

Das Dorf ohne Glocke.

Singspiel in 3 Akten von Eduard Kunnecke.

Sonntag, den 5. Oktober:

Anfang 11 Uhr:

Morgenfeier.

Nachmittags 2½ Uhr:

2. Arbeitervorstellung.

Der Biberpelz.

Anfang 6½ Uhr:

Lohengrin.

Dienstag, den 7. Oktober:

4. Vorst. im Dienstags-Ab.

Carmen.

Beilage zu Nr. 232.
26. Jahrgang.

Lübecker Volksbote

Sonnabend, den 4. Oktober 1919

Die Senkung der Lebensmittelpreise.

Im Haushaltsausschuß der Preußischen Landesversammlung machte Finanzminister Dr. Südekum nähere Angaben über die Aktion zur Senkung der Lebensmittelpreise, für welche das Reich annähernd 2½ bis 3 Milliarden aufwenden werde. Wenn Speck zu dem bisherigen billigen Preise und wie bisher 125 Gramm gegeben werden sollen, erfordert dies bis zum Ende des Etatsjahres 1189 Millionen, bei kondensierter Milch 51 Millionen. Wenn die bisherige Fleischration aufrecht erhalten werden soll, so sind für Zufuhren aus dem Auslande 300 Millionen erforderlich, außerdem für Kartoffeleinfuhr 25 Millionen. Es ist zu hoffen, daß infolge dieser neuen Aktion die Ernährung der Bevölkerung für den Winter einigermaßen gesichert ist. Vorbedingung dazu ist aber unter anderem, daß die Margarinfabriken genügend mit Kohle und Rohmaterial beliefert werden. Sollte dies nicht der Fall sein, so würden neue große Beträge für vermehrte Einfuhr von Rohstoffen für die Margarinefabrikation notwendig werden. Die Abgabe von Auslandsmehl soll wie bisher zu billigen Preisen, aber in etwas geringerem Umfange erfolgen. Für das Mehl wird im Auslande 4000 Mk. pro Tonne gezahlt. Der Brotpreis wird um ungefähr 10 Prozent erhöht werden, was einen Zuschuß von 233 Millionen bis zum Ende des Erntejahres erfordert.

Aerzte und Sozialisierung.

In Eisenach wurde dieser Tage der 41. Deutsche Aerztetag abgehalten. Unter den Beratungsgegenständen ist als besonders wichtig das Thema über die Sozialisierung des Aerztestandes hervorzuheben. Der Referent hierzu, Sanitätsrat Dr. Mugdan aus Berlin, betonte, die Sozialisierung des Aerztestandes zerstöre das Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patient und damit eine wichtige Kraft für die Heilung. Die Sozialisierung des Aerztestandes hemmt den behandelnden Arzt bei der Verwendung von Heilmitteln und der Anwendung von Heilmethoden; sie birgt die Gefahr in sich, daß der Arzt aufhört, Freund und Berater der ihm vertrauenden Kranken zu sein. Die Sozialisierung verschlechtere somit notwendig die Gesundheitspflege und schädige dadurch die Volksgesundheit schwer. In der Debatte bestreitet Dr. Sternberg aus Berlin, daß aus dem Erfurter Programm ohne weiteres die völlige Beamtung der Aerzte zu folgen sei. Die Sozialisierung brauche nicht das Vertrauensverhältnis zu beeinträchtigen. Auch die Einengung der Anwendung von Heilmitteln sei heute schon bei der Kassenpraxis vorhanden, sie könne allerdings bei der Sozialisierung allgemein werden. Wenige von den Aerzten, die im Frondienst des täglichen Lebens stehen, sind heute imstande, wissenschaftliche Tätigkeit zu pflegen. Das geschehe heute schon allein von den amtlich angestellten Lehrpersonen. Folgender Antrag Scholl-Hellbach fand einstimmige Annahme: „Die Aerzteschaft als die berufene Hüterin der Volksgesundheit spricht sich dahin aus, daß die Bekämpfung der Volkskrankheiten und die soziale Hygiene durch beamtete Fürsorgeärzte und die Errichtung eines Landesgesundheitsamt mit einem Arzte an der Spitze voll durchzuführen ist. Dagegen lehnt sie eine Verstaatlichung der Aerzte bezüglich der Behandlung der Kranken im Hinblick auf das unbedingt notwendige persönliche Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Kranken selbst sowie des ärztlichen Berufs und der ärztlichen Wissenschaft grundsätzlich ab. Die restlose Durchführung der organisierten freien Arztwahl im gesamten kassenärztlichen Dienst sichert am vollkommensten die Erfüllung auch der umfassenden Aufgaben des Heilwesens. Der ärztliche Stand ordnet sich am zweckmäßigsten in freier, genossenschaftlicher Form dem Organismus des werktätigen Volkes ein."

Unabhängige Lumperei.

Die Breslauer Arbeiterschaft hat vor einiger Zeit die Waldenburger Bergarbeiter dazu veranlaßt, durch Einlegung von Ueberschichten die Kohlenproduktion zu erhöhen. Dieser Ueberschuß wird unter Aufsicht und Kontrolle des Breslauer Konsumvereins „Vorwärts" und des Breslauer Gewerkschaftskartells an die minderbemittelte Bevölkerung Breslaus verteilt. Jeder vernünftige Mensch wird diesen Schritt der Waldenburger Bergarbeiter mit Freude und Genugtuung begrüßt und darin ein neues Zeichen für die Solidarität der Arbeiterschaft erblickt haben. Den Unabhängigen paßt dieser Akt proletarischer Selbsthilfe, der die schlimmste Not des kommenden Winters von den Arbeitermassen fernhalten will, absolut nicht in ihrem Kram. Wohl halten sie täglich Versammlungen ab, in denen sie gegen die Untätigkeit der Regierung in Sachen der Kohlenversorgung protestieren, da aber, wo wirklich etwas geschieht, setzt sofort die Sabotage dieser gewissenlosen Verbrechergesellschaft ein, so auch in Breslau!

Der Landtagsabgeordneter Willy Ziegler, der der Fraktion der Unabhängigen zur Zierde gereicht, hat nach einer Meldung unseres Breslauer Bruderblattes versucht, die Bergarbeiter in Gottesberg und Neu-Lässig aufzuputschen, ihre Mehrförderung von Kohle wieder einzustellen. Er hat den Bergarbeitern vorgelogen, die Kohle käme nur an Leute, die über Wohnungen von sechs bis acht Zimmern verfügen, zur Verteilung. Ziegler weiß wie jeder andere natürlich, daß diese Kohle nur an minderbemittelte Arbeiter zur Verteilung kommt. Das behindert ihn aber nicht, diese faustdicke Lüge in die Welt zu setzen, denn ihm ist nur daran gelegen, die Not des kommenden Winters unter allen Umständen zu vergrößern und jede Maßnahme, die sie beheben soll, zu sabotieren. Sie haben es ja schon oft genug ausgesprochen, die Unabhängigen, daß sie auf die Not des kommenden Winters spekulieren, um dann die Arbeiterschaft zu ihren unsauberen Zwecken mißbrauchen zu können. Und so etwas nennt sich Sozialist.

Die amerikanische Handelsflotte.

Die „Vossische Zeitung" erhält aus Neuyork einen interessanten Bericht über die amerikanische Handelsflotte. Danach besitze die Regierung der Vereinigten Staaten, wie die Schiffahrtsbehörden bekanntgeben, zurzeit eine Handelsflotte von 820 Schiffen mit einer Gesamttonnage von 4½ Millionen Tons. Weitere 2½ Millionen Tons sollen gleichfalls früher oder später für die Handelsflotte frei werden. Diese sind noch der Kriegsmarine zugeteilt, und mehr als 100 Schiffe von rund 8 Millionen Tons befinden sich noch im Bau. Im Herbst 1920 wird die Tonnage der amerikanischen Handelsflotte, einschließlich der ehemals deutschen Dampfer, die Höhe von 16 700 00 Tons erreicht haben. Mit dem Bau dieser gewaltigen Flotte sind zurzeit nicht weniger als 341 amerikanische Schiffswerften beschäftigt. Dazu kommt noch, daß die amerikanische Regierung für ihre Schiffe rund 200 Dollar pro Tonne bezahlt hat, während die ausländische Tonnage durchschnittlich 40 bis 50 Dollar pro Tonne gekostet hat. Die englischen Werften bauen in diesem Jahre 3 Millionen Tons, Japan baut 1,7 Millionen Tons, auch andere Länder arbeiten fieberhaft. In zwei Jahren dürfte die Welttonnage, die vor dem Kriege rund 50 Millionen Tons betrug, auf 75 Millionen Tons steigen. Der Marinesekretär Daniels erklärte, die Regierung sei fest entschlossen, darauf zu sehen, daß amerikanische Ware in Zukunft nur in Schiffen ausgeführt werde, die in Amerika gebaut und von Amerikanern bemannt seien. Die gewaltigen Baukosten und auch enorm hohen Löhne dürften jedoch eine ungeheure Konkurrenz der nicht amerikanischen Handelsschiffe nach dem Kontinent zu bringen. Dies gereiche Deutschland zum über die Zukunft der amerikanischen Handelsflotte ist. Es sind nun Pläne ausgearbeitet worden, die auf einen systematischen Verkauf der staatlichen Schiffe an das Privatkapital hinausgehen.

Herabsetzung der Frachtpreise.

Der Mitarbeiter der „Times" für Schiffahrtsfrager schreibt: Die englischen Reeder wurden infolge Streiks genötigt, die Frachtpreise zu ermäßigen, da bereits ein Angebot von 50 000 Tonnen amerikanischer Schiffe vorhanden sei, um Korn aus Argentinien nach dem Kontinent zu bringen. Dies gereiche Deutschland zum Vorteil, da es jetzt zu ermäßigten Frachtpreisen mehr Lebensmittel erhalten könne.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die neuen Minister.

Auf Vorschlag des Reichskanzlers berief der Reichspräsident auf Grund des Artikels 53 der Verfassung den Reichsminister a. D. Schiffer zum Reichsminister der Justiz, den Oberbürgermeister Koch-Kassel zum Reichsminister des Innern und betraute Schiffer zugleich mit der Vertretung des Reichskanzlers. Die Besetzung des neu zu bildenden Ministeriums für den Wiederaufbau erfolgt voraussichtlich in den allernächsten Tagen. Minister David wird der Reichsregierung als Minister ohne Portefeuille angehören.

Die Räumung des Baltikums.

Die „Vossische Zeitung" erfährt, daß dem General v. d. Goltz bestimmte Weisungen in bezug auf die sofortige Räumung des Baltikums gegeben worden seien, jedoch lasse die Eigenart der Verhältnisse die Festsetzung eines ganz bestimmten Zeitpunktes für die Abreise des Generals v. d. Goltz noch nicht zu. Ueber den Inhalt der deutschen Antwortnote an die Entente wird gemeldet, daß diese Note noch im Laufe dieser Woche abgehen soll und daß sie auf die Bemühungen der Regierung hinweisen werde, die Räumung des Baltikums zu bewerkstelligen. Die Note erklärt, daß die Regierung auch weiterhin alles aufbieten werde, um die Räumung herbeizuführen.

Die „Freiheit" läßt sich aus Kopenhagen melden, daß deutsche Soldaten in Lettland den nach Libau fahrenden lettischen Gesandten gezwungen hätten, das Auto zu verlassen und ihnen auf die Kommandantur zu folgen. — Zwischen Mitau und Olain zerstören angeblich deutsche Soldaten die Eisenbahnen und Brücken und schaffen Eisenteile nach Deutschland.

Der lettische Finanzminister telegraphierte aus London, daß England die gewünschten Mengen von Waffen, Munition und Militärkleidung bewilligt habe. — In Riga und Umgegend sei die Mobilmachung bis zu 27 Jahren ausgeschrieben.

Neue Einreisebestimmungen für das belgische Besatzungsgebiet.

Personen, die in die belgische Besatzungszone einreisen wollen, haben sich, wie die „P. P. N." von zuständiger Stelle erfahren, zunächst bei der zuständigen Polizeibehörde einen Reisepaß zu besorgen. Sie richten sodann ein Gesuch in deutscher und französischer Sprache an das Verkehrskommissariat in Düsseldorf. Dem Gesuch sind beizufügen: 1. zwei Lichtbilder, 2. drei Mark Gebühren und 3. eine polizeiliche Bescheinigung, daß der Gesuchsteller nicht bolschewistischer Gesinnung ist.

Brockdorf-Rantzaus Erklärung.

Das „Tageblatt" meldet, daß Graf Brockdorf-Rantzau erklärt habe, es treffe zu, daß österreichische Enthüllungen ihm in der Zeit übermittelt worden seien. — Eine Veröffentlichung erschien der deutschen Regierung damals unzweckmäßig, da sie der Ansicht war, daß nur eine Veröffentlichung, die alle beteiligten Faktoren zu Worte kommen lasse, objektiv sein könne. — Im übrigen habe der damalige deutsch-österreichische Staatssekretär Dr. Bauer die Veröffentlichung der österreichischen Akten nicht übernehmen wollen.

Die Gothaer Fürstenabfindung.

Die unabhängigen Blätter erzählen heute ihren Lesern, daß die Regierungssozialisten die Geschichte von der Abfindung des Herzogs von Gotha durch die Unabhängigen nur erfunden hätten, um Wilhelm II. 170 Millionen Entschädigung zu geben. In Wahrheit hätten die Gothaer Unabhängigen ihren Herzog vollständig enteignet und dieser klage jetzt gegen sie. Dazu ist zu bemerken: 1. Die Mehrheitssozialisten denken an nichts weniger als daran, Wilhelm 170 Millionen auszuzahlen. Diese 170 Millionen sind ein abgestandener Schwindel der U. S. P. 2. Die Gothaer Unabhängigen haben ihren Herzog freiwillig 5 Millionen Mark Entschä-

Ingenieur Horstmann.

Roman von Wilhelm Hegeler.

3. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Vom Thema der Töchtererziehung war Frau Regierungsrat auf ihren verstorbenen Mann zu sprechen gekommen. Je länger dieser tot war, eine desto größere Bewunderung legte sie für ihn an den Tag. Sie wandte sich an Bert, der ebenfalls die Tugenden des Verstorbenen pries, seine Liebenswürdigkeit, seine umfassende Bildung, seine vielseitigen Interessen.

„In dem Mann hätten Sie einen vorurteilslosen Förderer für Ihre gesunden Ideen gefunden, Herr Ingenieur", sagte er zu Horstmann.

„Also sind Sie mit besonderen Ideen nach Düsseldorf gekommen?" fragte Frau Regierungsrat.

Der Ingenieur brummte eine undeutliche Antwort.

„Herr Horstmann will über die Wupper eine große Eisenbahnbrücke bauen. Es stand ja jetzt viel darüber in den Zeitungen."

„Ach ja!" bestätigte Anna, „diese Brücke, die vier Millionen kostet."

Sie warf unwillkürlich einen bewundernden Blick auf den Ingenieur und fügte hinzu:

„Es muß ein herrliches Werk sein!"

„Ja . . ." meinte Horstmann nachdenklich. „Ich habe manchen Auftrag gehabt, bei dem mehr zu verdienen war. Aber nun will ich mal was machen, da soll meine Heimat stolz drauf sein."

„Sind Sie Rheinländer?" fragte Frau Regierungsrat.

„Wuppertal. Ganz in der Nähe geboren, wo ich jetzt die Brücke baue. Mein Vater war dort Schmied."

„Warum nicht gleich Maurer oder Metzger?, dachte Anna.

Eine Weile unterhielt man sich noch von den Plänen des Ingenieurs, dann brachen die beiden Herren auf.

„Wir dürfen wohl hoffen, Sie recht bald bei uns zu sehen!" sagte Frau Düsbach mit etwas krampfhaftem Lächeln, indem sie unwillkürlich an den Gerichtsvollzieher dachte.

„Ich glaube, Mama, daß Herr Horstmann lieber einmal ganz zwanglos bei uns ist, als in großer Gesellschaft."

Der Ingenieur nickte.

„Vielleicht kommen Sie Sonntag abend zu uns, wenn Sie nichts Besseres vorhaben. Sie erzählen mir dann gleich vom Malkastenfest."

Frau Regierungsrat warf ihrer Tochter einen wütenden Blick zu und ließ bedeutsam ihr Auge auf die Lampe gleiten, in deren Glasbehälter nur noch ein trübes Restchen von Petroleum schwamm. Aber ehe sie einen höflichen Einwand machen konnte, hatte Holleder gesagt:

„Ich darf doch mitkommen? Ich sehne mich für Sonntag auch nach einem stillen Winkel."

„Selbstverständlich", sagte Anna, „Sie braucht man doch nicht extra einzuladen."

Die beiden verabschiedeten sich. Als der Ingenieur Anna seine plumpe Hand reichte, blickte er ihr noch einmal ins Gesicht. Sein finsterer Trotz war verschwunden, die gefurchten Züge hatten noch immer etwas Wildes und Barbarisches, aber jetzt lag in seiner Miene zugleich ein Zug von Unterwürfigkeit und verborgener Angst. Anna erwiderte seinen Blick mit diesem strahlenden Aufleuchten ihrer Augen, das ihr eigen war. Aber im Augenblick, wo er den Rücken wandte, sandte sie ihm kaum merklich eine höhnische Grimasse nach und dankte für Berts Handkuß mit einem Lächeln, das etwas Süßeres als bloße Freundschaft verriet.

II.

Bert Holleder war der Sohn des berühmten, erst vor wenigen Jahren gestorbenen Genremalers Holleder, dessen Bilder aus dem bäuerlichen und kleinstädtischen Familienleben in den sechziger Jahren der Ruhm der Düsseldorfer Schule gewesen waren, und die heute noch in den Galerien und Privatsammlungen ehrenvolle Plätze einnehmen. Der Sohn war seinem Vater gefolgt und auch Maler geworden, nachdem man ihn von der Offizierspresse geschaßt, und er die Architektenlaufbahn aus freien Stücken als zu langwierig und unfein aufgegeben hatte. Aber die Malerei war bei ihm, wie bei vielen Malersöhnen, nur ein Vorwand zum Nichtstun. Er besaß alle möglichen Talente, aber statt der Arbeitskraft seines Vaters hatte er die Trägheit und Genußsucht seiner gräflichen Mutter geerbt. Diese hatte ihn, als er noch in der Wiege lag, als Wunderknaben behandelt, der einst den Ruhm seines Vaters überschatten würde. „Wenn Bert nur wollte!" war ihre stete Redensart. Aber er dachte gar nicht zu wollen. Mit einer grenzenlosen Oberflächlichkeit, die ihn vor jedem Katzenjammer bewahrte, verstand er eine gewisse Geschicklichkeit sich durchs Leben zu schlängeln, sich auf anderer Leute Kosten gütlich zu tun und überall Freunde zu gewinnen, die ihm forthalfen. Der Nimbus des großen Namens umschwebte ihn, er hatte die aristokratischen Manieren seiner Mutter und diese gewisse falsche Genialität, die die Leute noch immer an seine einstige Größe glauben und die Redensart der Mutter: „Wenn Bert nur wollte!" auch nach deren Tode weiter leben ließ.

So zählte er, siebenundzwanzig Jahre alt, trotzdem er nichts war, nichts leistete und kaum noch etwas besaß, zu den beliebtesten jungen Männern der Düsseldorfer Gesellschaft.

Horstmann hatte ihn im Malkasten kennen gelernt. Der Ingenieur, in Düsseldorf fremd, bestochen von dem liebenswürdigen Entgegenkommen des Trägers eines so bekannten Namens, hatte sich ziemlich an Bert angeschlossen. Er hatte ihn schon in seinem Atelier besucht und ihm auch schon ein Bild abgekauft, sehr stolz, für ein paar hundert Mark einen echten „Holleder" zu bekommen.

Draußen wehte den Herren der naßkalte Sturm ins Gesicht. Bert drückte seinen Zylinderhut tiefer aufs Ohr, und seinen Arm unter den seines Begleiters schiebend, sagte er:

„Ist doch 'ne charmante alte Dame, die Frau Regierungsrat."

„Hm" . . . brummte Horstmann einsilbig, in Nachdenken versunken.

Das Laternenlicht unter den triefenden Scheiben warf zuckende Lichter über den Morast der Straße. Der Wind heulte noch immer in den Baumkronen. Zerbrochene Aeste waren bis auf Trottoir geflogen, in den blechernen Rinnen gluckste das mit Eisstücken vermischte Wasser, und von den Dächern ergoß sich ein dichter Sprühregen. Die beiden gingen schweigend und gegen den Wind ankämpfend bis zur Jakobistraße.

Bert hatte den Kragen hochgeschlagen und verfluchte innerlich dies scheußliche Wetter, das ihm den Glanz seines Zylinders verdarb. Aber auf den Ingenieur schienen Sturm und Nässe keinen Eindruck zu machen. Mit wuchtigen Schritten, daß der Schmutz unter seinen schweren Stiefeln in die Höhe spritzte, ging er gemächlich weiter, den Kopf in den Nacken geworfen. Von seinen roten Backen, aus den dünnen Strähnen seines Schnurrbartes rann das Wasser hinunter. Plötzlich fragte er:

„Wohnen die Leute schon lange in Düsseldorf?"

„So lange ich denken kann."

Nach dem Leben, das sie führen, sollte man annehmen, daß sie ziemlich vermögend sind."

„Darüber kann ich Ihnen wirklich keinen Aufschluß geben."

„Ich fragte auch nur so obenhin", erwiderte der Ingenieur. „Jedenfalls machen sie einen soliden Eindruck."

Holleder lachte.

„Solide!? Wenn die nicht solide sind, dann weiß ich überhaupt nicht, wer solide sein soll. Die Düsbachs gehören zu den besten Familien. Sie haben ja gehört, was die alte Dame für Grundsätze hat. Als junger Mann kommt man sich ganz zerknirscht vor."

Horstmann nickte bedächtig:

„Manchmal freilich trügt der Schein."

Sie waren in die Viktoriastraße eingebogen. Auf ihrer Seite hatte ein Photograph seinen Laden. Holleder blieb stehen und zeigte in das hell erleuchtete Schaufenster, wo vor dunklem Plüschgrund hinter verschiedenen männlichen Bildnissen ein weiter Halbkreis Düsseldorfer Damen ausgestellt war.

„Hübsch, nicht wahr? Da soll sich mal einer anderswo umsehen, ob er da auch so viel nette Mädchen findet. Alle zum Küssen — leider keine zum Heiraten."

Fortsetzung folgt.

digung angeboten. Dem war das zu wenig und er hat 15 Millionen gefordert. Daraufhin hat man ihn enteignet, aber die Tatsache des Angebots bleibt bestehen. Und davon wäscht den Unabhängigen ebenso wenig das Wasser etwas ab, wie ihrer zwangsweisen Einstellung der Kirchensteuern in den Etat der Stadt Gera.

Schweiz.

Reaktionäre Initiativen. Eine Initiative westschweizerischer Industrieller gegen das schweizerische Arbeitszeitgesetz (48-Stundenwoche) ist mit 55 000 Unterschriften zustandegekommen; desgleichen eine Initiative für Einführung der Schutzhaft gegen sozialistische Partei- und Gewerkschaftsführer.

Buchdruckerstreik. Die westschweizerische Buchdruckerschaft hat Kollektivkündigung eingereicht. Sie fordert Gleichstellung mit den Arbeitslöhnen der deutschen Schweiz. Die Unternehmer verhalten sich ablehnend. Der Streik ist in Lausanne, Genf, Neuenburg und Chaux-de-Fonds unvermeidlich.

England.

Die Einigungsverhandlungen im Eisenbahnerstreik werden fortgesetzt. Die Regierung besteht nicht mehr darauf, daß eine Wiederaufnahme der Arbeit vorangehen müsse. Bestimmend war wohl die drohende Haltung der Transportarbeiter und ihrer Verbündeten. Amtlich wird bekanntgegeben, daß die Konferenz zwischen dem Premierminister und den Eisenbahnern vertagt wurde. Nach der Konferenz erklärte der Führer der Eisenbahner, Thomas, jetzt, wo beide Parteien zusammengekommen, sei es Pflicht, die Verbindung nicht abzureißen, bis eine Einigung erzielt sei.

Kleine politische Nachrichten.

Das englische Verbot des Auslaufens der deutschen Gefangenentransportdampfer ist zunächst für vier Dampfer aufgehoben worden. In Harwich, Jersey, Southampton, Newcastle warten bereits Kriegsgefangene, die vor Ausbruch des englischen Eisenbahnerstreiks dorthin geschickt worden waren, auf den Abtransport. Wann weitere Dampfer auslaufen können, wird von dem Verlauf des englischen Eisenbahnerstreiks abhängen.

In Rotterdam wird für den 6. Oktober der Dampfer Pocohantas von Neuyork und für den 8. Oktober der Dampfer Ypiranga aus Australien mit 848 Männern, 60 Frauen, 42 Kindern erwartet.

Der dritte Band der Bismarck-Erinnerungen, der ursprünglich erst nach Ableben Wilhelms II. veröffentlicht werden sollte, wird noch vor Weihnachten erscheinen. Die Monarchisten sind von diesem Beschluß der Verlages wenig erbaut, obwohl an dem Charakterbilde des „Holländers" auch durch dieses Buch wenig mehr geändert werden wird.

Zum Regierungspräsidenten von Arnsberg wurde der sozialdemokratische Abgeordnete Max König in Dortmund ernannt.

Alle Macht den Arbeiterräten.

Wie die Unabhängigen sich diese Macht denken, wird in einem Verhandlungsbericht dargelegt, den der „Vorwärts" veröffentlicht. In der Berliner Metallwarenfabrik Danneberg & Quandt sollte seitens der Betriebsleitung ein Schlosser eingestellt werden, und als derselbe dem Arbeiterausschuß zur Genehmigung vorgestellt wurde, konstatierte dieser Arbeiterausschuß, daß der Mann Mehrheitssozialist ist, was er unumwunden zugab, und trotzdem der Mann gewerkschaftlich organisiert war, wurde er aus dem Grunde, daß er Mehrheitssozialist ist, von dem Arbeiterausschuß abgelehnt. Vertreter des Arbeiterausschusses erklärten, „daß ein Mehrheitssozialist nicht mehr in unseren Fabriken angenommen werden kann, weil, wie er wörtlich sagte, dieser Mann sonst Unruhe in unsere Betriebe bringen würde". Weiter wurde gesagt: Die Betriebsleitung prüft die Tüchtigkeit des Arbeiters, der Arbeiterausschuß dagegen die politische Richtung. Die Firma hätte das größte Interesse daran, gleichartig gesinnte Leute zu beschäftigen, damit unnötige Unterhaltungen über Politik unterbleiben, die sich andernfalls nicht vermeiden lassen. Die Frage nach der Zugehörigkeit zu einer gewerkschaftlichen Organisation wurde ebenfalls besprochen und von einem der Anwesenden dahin beantwortet, daß jetzt der Arbeiter gewerkschaftlich oder politisch organisiert sein müsse. Die Politik läßt sich heute nicht ausschalten, da dieselbe eng mit dem Wirtschaftsleben verbunden ist. Daraufhin stellte der Sprecher fest, daß ein ganzer Teil der Kollegen nicht gewerkschaftlich, sondern nur politisch organisiert ist. Weiter wurde festgestellt, daß vor 14 Tagen ein Werkstattbeschluß gefaßt ist, nach welchem nur noch Arbeiter einer Partei eingestellt werden können. Sie gehen hiervon nicht ab und andere Arbeiter können nicht eingestellt werden; denn dieser Beschluß, wie jeder Werkstattbeschluß, „sei ihnen heilig".

Die Beratung über die Tarifverhandlungen lehnte der Arbeiterausschuß, der sich kurz vorher ein Vertrauensvotum in der Fabrik geholt hatte, ab, bis dieser Fall geklärt sei. Die Verhandlungen wurden abgebrochen und der Streik erklärt, bis die Forderung erfüllt ist.

Wenn die scharfmacherischen Gegner des Mitbestimmungsrechts der Arbeiter im Produktionsprozeß bisher um durchschlagendes Material zur Bekämpfung der Vorlage verlegen waren, diese famosen „Arbeitervertreter" haben diesen Mangel behoben. Voraussetzung für die Rechte, die das Betriebsrätegesetz den Arbeitervertretern gibt, ist ein hohes Verantwortungsgefühl. Bei diesen Leuten ist aber kein Funken davon zu verspüren. Wehe dem deutschen Wirtschaftsleben, wenn dieser Terror in der Zukunft mitentscheidend für den Produktionsprozeß werden sollte und auf das Wirtschaftsleben losgelassen wird.

Aufruf an die Truppen im Baltikum.

Die deutsche Regierung wendet sich in dringenden Worten an die deutschen Truppen im Baltenlande, um sie zur Rückkehr zu bewegen. Es heißt da: „Soldaten! Ihr habt die letzte Note der Entente wegen Räumung des Baltikums gelesen. Darin wird dem deutschen Volke mit erneuter Blockade, mit der Sperrung aller Kredite und mit der Verweigerung der Rohstoffzufuhr gedroht. Die militärischen Kreise der Entente drängen zu erneutem Vormarsch, der die Besetzung Frankfurts bringen soll. Führende französische Blätter, wie der Temps, verlangen die Inbesitznahme des Ruhrgebiets, und alles das weil ein Teil der Deutschen in den baltischen Freiwilligenkorps das fremde Land nicht verlassen will, weil die Deutschen entgegen den Befehlen der Regierung dort bleiben, obwohl durch diesen verbrecherischen Eigensinn die höchste Gefahr besteht, daß in Deutschland Millionen arbeitslos werden, das Elend noch höher steigt und schließlich die mühsam verhinderte Hungersnot jetzt zu Wintersanfang doch noch ausbricht.

Die Reichsregierung wendet sich zum letzten Male direkt an das Gewissen und an das landsmannschaftliche Gefühl der deutschen Soldaten im Baltikum. Ein Volk verhungert und der Rest des Volksvermögens verkommt, wenn im Laufe dieses Monats die deutschen Truppen nicht aus dem Baltikum abziehen. Die Regierung kann und darf im Interesse Deutschlands keinen Zweifel daran lassen, daß sie jedes ihr zu Gebote stehende Mittel anwenden wird, um die Räumung des Baltikums zu erzwingen.

Der „Temps" schreibt zur Frage der Räumung des Baltikums: Die Affäre v. d. Goltz sei ein Prüfstein für den ganzen Frieden. Der Völkerbund besitze weder Militärmacht, noch habe er Einfluß auf die Streitkräfte seiner Mitglieder. Für den Schutz Frankreichs seien daher Garantien notwendig. Diese Garantien würden illusorisch, wenn die Armee Goltz in den baltischen Ländern bleibt.

Reichstarifverhandlungen im Schneidergewerbe.

Nach fünfzehntägigen Verhandlungen in Kassel ist der Reichstarif für das Schneidergewerbe abgeschlossen worden. Der Reichstarif umfaßt zirka 150 Orte des Deutschen Reiches einschließlich der besetzten Gebiete.

Nach dem Schiedsspruch wird in Zukunft dem Akkordarbeiter der für den betreffenden Ort gültige Stundenlohn für 42 Stunden in der Woche garantiert, sofern er nicht unter 75 Prozent erwerbsfähig ist. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 48 Stunden, der Stundenlohn schwankt je nach den örtlichen Verhältnissen zwischen 1,75 Mark und 2,80 Mark in Berlin. Die Ferienfrage ist dahin gelöst worden, daß sämtlichen auf Werkstätte beschäftigten Arbeitnehmern ab 1920 ein Urlaub mit Stundenlohnbezahlung unter Zugrundelegung von acht Stunden täglich zu gewähren ist. Der Urlaub beträgt nach neunmonatiger Beschäftigungsdauer 3, nach ein- und mehrjähriger 6 Arbeitstage. Dieser Urlaub gilt auch für Akkordarbeiter. Wo bisher günstigere Urlaubsbedingungen bestanden oder zwischenzeitlich vereinbart sind, bleiben dieselben in Kraft. In der Damenschneiderei, wo nur Zeitlöhne in Frage kommen, ist in der Regel der Stundenlohn der selbständigen männlichen Damenschneider um 10 Pfg. höher als in der Herrenschneiderei. Die Entlohnung der selbständigen Arbeiterinnen bewegt sich zwischen 70 und 80 Prozent des Lohnes für selbständige männliche Arbeitskräfte.

Für die Errichtung und die Tätigkeit von Betriebsräten gelten zunächst die gesetzlichen Bestimmungen. Wo gesetzliche Vorschriften noch nicht ergangen sind, werden nachstehende Vereinbarungen getroffen, die auch für diejenigen Gebiete, bei denen die Betriebsfrage schon geregelt ist, ergänzende Wirksamkeit haben.

1. a) In jedem Geschäft, das in der Regel in der Maßschneiderei 10 Arbeiter und Arbeiterinnen auf Werkstätte und in der Heimarbeit beschäftigt, wird ein Betriebsrat gewählt. In den Geschäften mit 3—10 Arbeitern und Arbeiterinnen wird ein Betriebsobmann gewählt.

b) Die Wahlen zum Betriebsrat werden vom Arbeitgeber angeordnet. Sie sind geheim, nach den Grundsätzen der Verhältniswahl und so durchzuführen, daß bei 10—50 Beschäftigten 3, von 51—100 Beschäftigten 5 und bei über 100 Beschäftigten 7 Mitglieder des Betriebsrates, sowie die erforderliche Anzahl von Ersatzleuten von den Arbeitern gewählt werden. Die Ersatzleute sind beizuziehen, wenn ein Mitglied des Betriebsrates bezw. der Obmann ausgeschieden ist, oder wenn es sich um Erledigung von Fragen handelt, die ein Mitglied des Betriebsrates oder den Obmann betreffen.

c) Ueber das Wahlverfahren im einzelnen erlassen die Hauptvorstände Bestimmungen.

2. Ueber die Notwendigkeit von Einstellungen und Entlassungen und den Umfang derselben steht den Betriebsräten bezw. dem Betriebsobmann das Einspruchsrecht zu. Den Betriebsräten bezw. dem Betriebsobmann ist das Mitbestimmungsrecht bei den die Lohn- und Arbeitsverhältnisse betreffenden Angelegenheiten, Errichtung und Einrichtung von Betriebswerkstätten, Auszahlung der Löhne, Einteilung der Arbeitszeit, Notwendigkeit und Art der Arbeitsverkürzung, Festsetzung von Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit, Behandlung von Beschwerden über die Verteilung der Arbeit, Ausgleichung von Tarifstreitigkeiten und Einteilung der Ferien einzuräumen.

3. Wird über die vorstehenden Fragen eine Einigung zwischen der Betriebsleitung und dem Betriebsrat bezw. Obmann nicht erzielt, so sind die im Tarifvertrag vorgesehenen Schiedsgerichte anzurufen, ohne daß hierdurch die notwendigen Anordnungen der Betriebsleitung aufgeschoben werden. Ausgenommen hiervon ist der Fall der Entlassung eines Betriebsrates oder des Obmannes. Zu den Sitzungen der Schiedsgerichte ist ein Mitglied des Betriebsrates einzuladen.

4. Den Betriebsräten bezw. dem Obmann darf für die Zeit, in welche sie ihre durch Gesetz oder Vertrag festgelegten Aufgaben erfüllen, eine Lohneinbuße nicht erwachsen.

Als Arbeitszeit ist die gesetzliche Arbeitszeit von 48 Stunden festgelegt. Ist eine kürzere Arbeitszeit vereinbart, so bleibt diese in Kraft.

Ueberstunden dürfen nur nach vorhergehender Anmeldung gemacht werden. Für Ueberstunden wird ein Zuschlag bezahlt und zwar für die ersten drei Stunden außerhalb der üblichen Arbeitszeit 33⅓ Prozent, für die weiteren 3 Stunden 66⅔ Prozent, darüber hinaus und für Arbeiten an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen 100 Prozent. Günstigere Sätze bleiben in Kraft.

Wo Zeitlohn besteht, wird er durch das Inkrafttreten des Reichstarifs nicht beseitigt. Auch ist der Uebergang von einem Lohnsystem zum andern auf dem Wege gütlicher Einigung zwischen den Beteiligten jederzeit zulässig.

Der neue Reichstarif trat am 22. September 1919 in Kraft.

9. Verbandstag der Gastwirtsgehilfen.

Folgende Zusatzresolutionen zu diesem Punkte werden kurz begründet:

„Der 9. Verbandstag des V. d. G. hält es für unbedingt notwendig, daß in dem in Aussicht stehenden neuen Arbeiterrecht eine Bestimmung aufgenommen wird, wonach allen Vollarbeitern, Arbeiterinnen und Angestellten mindestens der durch die zuständigen Behörden festgesetzte ortsübliche Tagelohn vom Unternehmer bezahlt werden muß, wobei Trinkgelder und ähnliche, von dritter Seite geleistete freiwillige Zuwendungen nicht in Anrechnung gebracht werden dürfen. Abgaben außer den gesetzlichen Versicherungsbeiträgen dürfen vom Arbeitnehmer nicht erhoben werden.

Der 9. Verbandstag des V. d. G. empfiehlt die Verbindlichmachung der tariflichen Vereinbarungen in der Regel nur dann anzustreben, wenn die feste Entlohnung, die achtstündige Arbeitszeit und günstige allgemeine Bestimmungen vereinbart sind.

Der Achtstundentag ist durch Verordnung eingeführt und soll durch Gesetzgebung festgelegt werden. Er hat auch für das Gastwirtsgewerbe Geltung.

In den meisten der seit Bestehen der Verordnung vereinbarten Tarife ist ein Uebereinkommen dahingehend getroffen worden, daß die achtstündige Arbeitszeit von Pausen bis zu zwei Stunden unterbrochen, dabei auf zehn Stunden verlängert werden darf.

Die gastwirtschaftlichen Unternehmer verlangen nun in Eingaben an die Reichsbehörden und die gesetzgebenden Körperschaften darüber hinaus weitere Verschlechterungen der kommenden gesetzlichen Regelung durch Einschiebung noch längerer Pausen.

Alle Vorteile und Wohltaten, die durch Herabsetzung der Arbeitszeit der arbeitenden Bevölkerung zugute kommen sollen, würden damit für die gastwirtschaftlichen Arbeiter und Angestellten gänzlich wieder aufgehoben werden.

Im Interesse der Gesundheit eines geordneten Familienlebens, zur Hebung des ganzen Gewerbes und der darin beschäftigten Personen in wirtschaftlicher, sozialer und sittlicher Beziehung ist es notwendig, daß auch für das Gastwirtsgewerbe der Achtstundentag volle Gesetzeskraft erlangt.

Der Verbandstag des Verbandes der Gastwirtsgehilfen beauftragt die Hauptverwaltung, alle geeigneten Schritte zu tun, di evon den Unternehmern geforderte Verschlechterung der kommenden Gesetzgebung abzuwenden und für strikte Durchführung des achtstündigen Arbeitstages Sorge zu tragen."

Auch die Zusatzresolution wurde einstimmig angenommen.

Nach dem Bericht der Anstellungskommission wird folgende Erklärung Riemann und Genossen verlesen:

„In der von den Unterzeichneten eingebrachten Resolution Riemann und auch in der Debatte ist mit keinem Wort die gewerkschaftliche Tätigkeit der H.-V. kritisiert, weil dazu kein Anlaß vorlag.

Gegen die Vertrauensresolution stimmten wir, weil uns in dieser Partei- und Gewerkschaftszersplitterung vorgeworfen wurde; wir sind keine Partei- und Gewerkschaftszersplitterer und verwahren uns ganz entschieden gegen solche unqualifizierbaren Vorwürfe. Alle Redner betonten die Notwendigkeit toleranter Zusammenarbeit in den Gewerkschaften und in diesem Sinne werden wir auch in Zukunft wirken."

Daraufhin werden der 1. Vorsitzende und der Hauptkassierer Strölinger wiedergewählt; ferner werden die zum Teil neu geschaffenen Posten des 2. Vorsitzenden, des Redakteurs und zweier Sekretäre besetzt. Zeit und Ort des nächsten Verbandstages werden H.-V., Beirat und Ausschuß überlassen.

Aus der Partei.

Der sozialdemokratische Parteitag für die Rheinprovinz hat zur Rheinlandfrage folgende Entschließung angenommen, nach der jeder Versuch einer putschistischen Lösung der rheinischen Frage auf das entschiedenste verurteilt wird. Die Beteiligung an solchen Bestrebungen ist unvereinbar mit der Zugehörigkeit zur Sozialistischen Partei. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands erstrebt die deutsche Einheitsrepublik und die Gliederung des Reiches und der Provinzen mit weitgehender Selbstverwaltung. Bei einer solchen Neugliederung ist der Eigenart der Stämme Rechnung zu tragen. Der Artikel 18 der Reichsverfassung hat bei allen dahingehenden Bestrebungen als Richtschnur zu dienen. Eine weitere Entschließung richtet sich gegen die Versuche des Zentrums, die leitenden Regierungsstellen im Rheinlande mit Angehörigen der Zentrumspartei zu besetzen.

Zur Revolutionsfeier. Die deutsche Arbeiterschaft rüstet allenthalben zur würdigen Feier des Tages, der ihr die Bahn freigemacht hat für den Sozialismus. Der Zentralbildungsausschuß hat in seinem letzten Mitteilungsblatt geeignete Programmvorschläge gemacht: er stellt den Bildungsausschüssen, Jugendvereinen und Parteiorganisationen auch zwei Prologe für diesen Tag, verfaßt vom Genossen Karl Bröger, zur Verfügung. Beide Prologe sind gegen Voreinsendung von 55 Pfg. durch den Zentralbildungsausschuß, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, zu beziehen.

Gewerkschaftsbewegung.

Gewerkschaftsbewegung in Belgien. Im Bezirk Brüssel ist die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder, die 1914 19 100 und Ende 1918 34 231 betrug, bis Ende Juni auf 56 236 gestiegen.

Englischer Gewerkschaftskongreß. Zum Vorsitzenden des parlamentarischen Kongresses und damit zum Vorsitzenden des nächstjährigen Gewerkschaftskongresses wurde der sehr links stehende Generalsekretär des Eisenbahnerverbandes J. H. Thomas gewählt.

Italienischer Bauarbeiterverband. Die größte gewerkschaftliche Organisation Italiens ist der Bauarbeiterverband. Seinen höchsten Bestand von dem Kriege hatte er im Jahre 1907 mit 45 000 Mitgliedern; unmittelbar vor dem Kriege waren nur noch 36 000 Mitglieder vorhanden. Jetzt ist die Zahl auf 120 000 gestiegen.

Internationaler Frauenkongreß. Der nationale Frauen-Gewerkschaftsbund von Amerika hat beschlossen, unmittelbar vor der von Wilson einberufenen Washingtoner Konferenz einen internationalen Frauenkongreß abzuhalten, der zu den auf der offiziellen Konferenz zu behandelnden Fragen Stellung nehmen soll. Einladungen sind an 34 Länder gesandt; ob Deutschland und Oesterreich sich unter den eingeladenen Ländern befinden, ist aus der in der Neuyorker Tribüne enthaltenen Notiz nicht zu ersehen. Die National Womens Trade Union League hat ihren Sitz in Washington, 1423 Newyor Avenue.

Der internationale Gewerkschaftsbund und die Arbeiterkonferenz in Washington. Das Bureau des internationalen Gewerkschaftsbundes, der in Amsterdam seine monatliche Zusammenkunft abhielt, beschloß, die dem internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Gewerkschaften zu ermächtigen, für die Ende dieses Monats in Washington stattfindende Arbeiterkonferenz Delegierte anzuweisen. Dieser Beschluß wurde auf Grund der Tatsache gefaßt, daß durch den Generalsekretär der Friedenskonferenz dem Bureau eine offizielle Erklärung überreicht wurde, in der mitgeteilt wird, daß die Chefs der deutschen und österreichischen Delegation in Versailles davon verständigt wurden, daß die Delegierten Deutschlands und Oesterreichs an der internationalen Arbeiterkonferenz in Washington werden teilnehmen können. Außerdem wurde dem stellvertretenden Vorsitzenden Jouhaux und Mertens von der französischen bezw. der belgischen Regierung erklärt, daß alle Delegierten Deutschlands und Oesterreichs an der Konferenz dieselben Rechte haben, wie die Delegierten der anderen Länder. Außerdem steht jetzt bereits fest, daß eines der von den acht wichtigsten industriellen Nationen zu besetzenden Aemter in der Leitung des internationalen Arbeitsbureaus für einen Vertreter Deutschlands bestimmt ist. Da damit den Forderungen des internationalen Gewerkschaftskongresses in Amsterdam entsprochen ist, glaubt das Bureau des internationalen Gewerkschaftsbundes, der internationalen Arbeiterkonferenz in Washington seine energische Mitarbeit nicht länger entziehen zu dürfen. Der Oberste Rat in Paris beschloß, den Deutschen und Oesterreichern Erleichterungen zu gewähren, um sich zur Arbeiterkonferenz nach Washington zu begeben. Wie es heißt, ist übrigens diese Konferenz auf den 28. Oktober verschoben, so daß die Vertreter Deutschlands und Oesterreichs doch noch rechtzeitig hinkommen können. Die bürgerliche Presse berichtet, daß Genosse Legien zu dieser Konferenz entsandt werden soll.

Aus Kaufmanns- und Gewerbegerichten.

Die „Unrentabilität" als wichtiger Kündigungsgrund.

Kann ein Handlungsgehilfe aus „wichtigem Grunde" entlassen werden, weil das Geschäft durch die Kriegsverhältnisse unrentabel geworden bezw. der Geschäftsinhaber gezwungen wurde, seinem Betrieb einen völlig anderen Charakter zu geben? Das O.-L.-G. München hat diese Frage in einem Rechtsstreit verneint. Der Kläger war als Gehilfe in einem Tuchversandgeschäft tätig für Wareneinkauf und Mustervertrieb. Das Geschäft mußte bereits 1915 umgestellt werden, da der Tuchversand durch die Kriegsmaßnahmen unmöglich gemacht worden war. Gleichwohl beschäftigte ihn der Geschäftsinhaber bis April 1918, um ihn dann plötzlich zu entlassen, obwohl vertraglich eine langfristige Kündigung vereinbart war. Das Gericht hat die Berechtigung der Kündigung nicht anerkannt, wenn auch der Dienstvertrag nur für das Tuch-

versandgeschäft abgeschlossen war. Eine derartige Anpassung und Umstellung von Betrieben auf die durch den Krieg neugeschaffenen Verhältnissen gehöre zu den täglichen Erscheinungen der letzten Jahre, sodaß eine solche Aenderung dem Dienstherrn nicht das Recht geben kann, sich über die Anstellungsverträge hinweg zu setzen. Die Möglichkeit, den Kläger zu beschäftigen, geht daraus hervor, daß er von 1915 bis 1918 in dem umgestellten Betriebe bereits tätig war, der Einwand der Unrentabilität ist als wichtiger Entlassungsgrund nur dann anzuerkennen, **wenn die Weiterführung des Betriebes gänzlich unmöglich erscheint.** Davon kann hier aber keine Rede sein, da das Geschäft weiter arbeiten konnte, wenn auch mit bescheidenem Nutzen.

Soziales.

Die Rentensätze für Kriegsteilnehmer. Amtlich wird nunmehr eine klare Uebersicht über die Rentensätze für Kriegsteilnehmer gegeben, die irgendwie durch Verletzung ihrer Gesundheit an der Erwerbsfähigkeit behindert sind. Die Erwerbslosigkeit wird hierbei gestaffelt nach einer Verlustskala an Arbeitsfähigkeit von 33⅓, 50, 60 und 80 Prozent.

Die Monatssätze der Rente betragen bei

33⅓	50	60	80 Proz.
15,00	22,50	27,00	36,00 Mk.

Dazu kommen die Rentenzuschläge von

11,25	22,50	27,00	36,00 Mk.

zusammen also

26,25	45,00	54,00	72,00 Mk.

Dazu kommt die Kriegszulage (allgemein 15 Mk.) monatlich ohne Rücksicht auf die Erwerbsbeschränkung:

41,25	60,00	69,00	87,00 Mk.

und 40 Proz. Teuerungszulage:

16,50	24,00	27,60	34,80 Mk.

zusammen monatlich:

57,75	84,00	96,60	121,80 Mk.

Die einfache Verstümmelungszulage jedesmal 27 Mark im Monat und 40 Proz. Teuerungszulage = 10,80 Mark, zusammen 37,80 Mark monatlich oder 1,26 Mark täglich.

Die obigen Gebührnisse und die einfachen Verstümmelungszulagen machen zusammen täglich:

3,19	4,06	4,48	5,32 Mk.
33⅓	50	60	80 Proz.

Zusammen also betragen die Unterstützungssätze für verstümmelte Kriegsbeschädigte, wenn nur die einfache Verstümmelungszulage gewährt wird, monatlich:

95,55	121,80	134,40	159,60 Mk.
bei 33⅓	50	60	80 Proz.

Erwerbslosigkeit.

Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß alle Rentenansprüche von Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen aus diesem Kriege, die auf Grund früherer Versorgungsansprüche abgelehnt worden sind, noch einmal gestellt werden können. Wenn früher im Wege des Einspruchs die Instanzen der Militärverwaltungsbehörden nicht zu einer Bewilligung der Rente gelangt sind, kann nunmehr auch für jene früher abgelehnten Fälle die Entscheidung des Militärversorgungsgerichts (und in letzter Instanz das Reichsmilitärversorgungsgericht) angerufen werden. Nur muß der Antrag bis zum 31. Dezember 1919 wiederholt sein. Nach diesem Zeitpunkt ist jede Wiederholung ausgeschlossen.

Dänische Wohnungsnot — deutsche Baracken. Einer Kopenhagener Meldung zufolge ist ein deutsches Schiff aus Sylt in Esbjerg mit Material für Militärbaracken eingelaufen, die zur Linderung der Wohnungsnot in den dänischen Gemeinden aufgestellt werden sollen. Weitere Transporte werden erwartet. — Die Meldung läßt sich mit den bestehenden Wohnungsverhältnissen in Deutschland so wenig in Einklang bringen, daß eine Aufklärung seitens der zuständigen Behörden notwendig erscheint.

Wirtschaftliches.

Protest gegen den Gesetzentwurf über die Betriebsräte.

Die in Dresden abgehaltene Mitgliederversammlung des Vereins mittel- und ostdeutscher Fabriken feuerfester Erzeugnisse hat folgende Entschließung gefaßt: „Der der Nationalversammlung vorliegende Entwurf eines Gesetzes über Betriebsräte widerspricht den Lebensinteressen der gesamten deutschen Industrie. Das deutsche Wirtschaftsleben geht seiner völligen Vernichtung entgegen, wenn der Entwurf Gesetz werden sollte." — Ein Grund mehr für die Arbeiter, sich nicht durch die radikale Hetze blenden zu lassen, das Gesetz bringe den Arbeitern keine Rechte.

Aus dem Gerichtssaal.

Das Urteil im Offenbacher Putschprozeß. Das Schwurgericht fällte in dem Prozeß gegen die Anstifter des Kommunistenputsches in Offenbach am Main am Karfreitag, bei dem 20 Personen getötet und viele verwundet wurden, das Urteil. Es lautet gegen den Arbeiter Wilhelm Eisenreich aus Zwickau auf acht Jahre Gefängnis und zehn Jahre Ehrverlust, gegen den Tagelöhner Adam Bauch aus Urbarach auf sechs Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust, gegen die Ehefrau Braun aus Riesa auf ein Jahr Gefängnis und gegen den Portefeuiller Karl Dockhart aus Riesa auf zwei Jahre Gefängnis.

Aus Nah und Fern.

Schweres Explosionsunglück in Graudenz. In Tusch bei Graudenz ist infolge einer Explosion ein mit Handgranaten beladener Wagen in die Luft geflogen. Ein Arbeiter wurde getötet und ein Oberfeuerwerker schwer verletzt.

Riesenüberschwemmungen in Spanien. Aus ganz Spanien, besonders aus den Provinzen Valencia und Murcia werden Sturm, Regen und Hagel gemeldet. Der Eisenbahndienst ist fast vollständig unterbrochen und nahezu die gesamte Provinz Valencia unter Wasser. Die Lage in der Stadt Karthagena ist sehr kritisch. Sie ist vollständig vom Wasser umgeben und es herrscht Mangel an Lebensmitteln.

Der Kampf gegen die Schieber. Von einer von 500 Personen, Post-, Eisenbahnbeamten und Arbeitern besuchten Versammlung in Heidelberg wurde folgende Entschließung angenommen: „Die täglich zu befördernden Sendungen und Telegramme in Schleichhändler- und Schieberangelegenheiten haben einen derartigen Umfang angenommen, daß der ganze übrige Verkehr gehemmt, ja zeitweise unterbunden wird. Die im Kriege und in der Revolution bewährte Beamten- und Arbeiterschaft sieht sich jetzt veranlaßt, dem Staate als beste Stütze zu dienen, indem sie sich geschlossen verpflichtet, zum Segen des Staates und zur Gesundung der Volkswirtschaft keine Schiebersendungen mehr zu bearbeiten. Es muß folglich von der Regierung gefordert werden, daß sofort die Zensur über die im Verdacht des Schieber- und Schleichhandels stehenden Postsendungen, sowie über die Telegramme und Gespräche eingeführt wird."

Amerikanische Hilfe für hungernde Kinder. In Amerika hat eine Liebesgabensammlung zugunsten der notleidenden sächsischen Erzgebirgler eingesetzt. Die von der Deutschen Wohlfahrtsstelle in Berlin — der Zentralstelle für ausländische Hilfsaktionen in Deutschland — zu Informationszwecken an Ort und Stelle entsandte Vertrauensperson hat jetzt eine erschütternde Schilderung der jammervollen Zustände in den armseligen Gebirgsdörfern gegeben. Heimarbeit bildet fast überall den kümmerlichen Erwerb der Einwohner, bereits die kleinsten Kinder klöppeln oder leimen Spielsachen und haben nach zweijähriger Arbeit im Höchstfalle 30 Mark (!) verdient. Unermeßlich ist das Elend, 50 Prozent der Schulkinder sind unterernährt, ohne Winterkleidung und Schuhwerk, 10jährige Kinder wiegen 30 Pfund, zu erschreckender Höhe ist die Zahl der an Tuberkulose — dieser mit den sozialen, Wohnungs- und Ernährungsverhältnissen in engster Beziehung stehenden Volksseuche — Erkrankten emporgeschnellt. Umfassende Hilfe ist dringendstes Gebot. Deshalb können wir nicht dankbar genug für die amerikanische Initiative sein. Aus der von deutsch-amerikanischen Kreisen gesandten Geldspende sind durch Vermittlung der Deutschen Wohlfahrtsstelle Milch, Kakao, Reis und Zucker angekauft worden und gelangen in nächster Zeit in einer Reihe der bedürftigsten Orte des Erzgebirges zur Verteilung; anderen Orten konnten bereits Liebesgaben aus holländischen Sendungen zugewiesen werden. Es besteht begründete Hoffnung, daß Herzen und Hände gütiger Menschenfreunde im Auslande sich weiter auftun werden, um die Milderung der dringendsten Not zu ermöglichen. Auch der deutschen Heimat steht es offen, zu helfen; Geldspenden zur Deckung der Unkosten, die das Versenden der Liebesgaben verursachen, und die bisher von den Verteilungsstellen — oft armer Gemeinden — getragen werden mußten, nimmt entgegen die Deutsche Wohlfahrtsstelle, Berlin C. 2, Schloßplatz 1 IV.

Theater und Musik.

Stadttheater. „Carmen", Oper von Bizet. Carmen umstrickt mit ihren unvergänglichen Reizen und ihrer sinnlichen Glut nicht nur noch immer den armen Don Jose, sondern auch nicht minder das Publikum. Die fesselnde, tragisch endende Handlung der Oper sowie die von genialer, rassiger und fertiger Schönheit erfüllte Musik Bizets bilden eine bewundernswerte, lebensvolle Einheit. Man darf es deshalb begrüßen, daß „Carmen" nebenbei auch noch ein Zugstück ist, das gestern das Stadttheater bis auf den letzten Platz besetzt hielt. Frau Ludewigs-Korte kehrte als liebesgierige, unbeständige Zigeunerin deren dirnenhafte Charakterzüge stark hervor und entwickelte kräftiges Temperament in Spiel und Gesang. Den Jose singt Herr Wagner sehr ansprechend; in der Darstellung ist er immer noch etwas unbeholfen, was an diesem unglücklichen Liebhaber Carmens fast natürlich erscheint. Eine längere Verlegenheitspause in der letzten großen Szene zwischen Jose und Carmen wirkte störend. Der kraftvolle Escamillo des Herrn Liszewski, die liebliche Micaela der Frau Eberbach gehörten zu den besten Leistungen des Abends, an dem auch die Damen Molnar und Bühmann (Zigeunerinnen), sowie die Herren Hugelmann (Zuniga), Ludewigs und Halbig (Schmuggler) und der Chor verdienstlich mitwirkten. Herr Kapellmeister v. Alpenburg hatte die musikalische Leitung.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Seefahrtsschule und Hebammenunterricht.

In seinem Eingesandt: Zur Frage der Aufhebung der Seefahrtsschule sagt Herr C. Mirow: zur Förderung der Allgemeinbildung dient sie (die Seefahrtsschule) ebensowenig, wie etwa der hiesige Hebammenunterricht. — Ich möchte hierzu kurz bemerken: wohl aber dient der Hebammenunterricht dem Allgemeinwohl. Die Hebammen erhalten während ihrer Ausbildungszeit gewiß gründlichen Unterricht, aber die medizinische Wissenschaft schreitet stets vorwärts. Den Hebammen nun Gelegenheit zu geben, sich über diese Fortschritte zu belehren, ist Sache des jährlichen Unterrichtes. Wer bedenkt, welche Verantwortung die Hebammen in der Ausübung ihres Berufes auf sich nehmen müssen, nämlich die für zwei Menschenleben — von Mutter und Kind — wird verstehen, daß es nur im Interesse der Allgemeinheit liegt, wenn es den Hebammen ermöglicht wird, ihr Berufswissen stets von Neuem aufzufrischen und zu ergänzen.

Schw. Gertrud Hoffmann, Hebamme
Vorsitzende des Lübecker Hebammenvereins.

Ein Akt der Roheit

spielte sich in diesen Tagen auf dem Lübecker Bahnhof ab. Eine junge Mutter mit ihrem Kinde an der Hand kommt am Bahnsteig 3 die Treppe herab und besteigt den Travemünder Zug. Kaum hat sie Platz genommen, erscheint ein Herr, der zu den lübedischen höheren Beamten gehört, geht am Zuge entlang und kehrt mit einem Zugbeamten an den Wagen der Dame zurück. Er hat dem Beamten etwas mitgeteilt und verlangt nun in Gegenwart des Beamten das Kind heraus, welches sich innig an die Mutter schmiegt. Die Mutter verweigert es und hält ihr Kind an sich gedrückt. Der schlichte Beamte, der in diesem Augenblick als Zeuge für den Vorfall von dem höheren Beamten erklärt wird, verwahrt sich dagegen, hier irgendwie Schergendienste zu tun. Eilig geht der Herr fort und erscheint balddarauf mit einem — Schutzmann! Und jetzt spielt sich eine widerliche Szene ab, in deren Verlauf der Herr den Schutzmann gegen die Mutter hetzt und dieser brutal das Kind entreißt. Während dieses Hin-und-Hers schreit das Kind fortwährend „Mutti, Mutti — —" Dann ist das Kind in den Händen des Schutzmannes, der es dem Vater übergibt, der das weinende Kind triumphierend fortführt. Das Unglaublichste dabei ist, daß der Herr, gegen den Ausdrücke wie: Rohling, Lümmel, fielen, ein Lübecker Richter ist, der seinen Amtstitel benutzt hatte, um in „eigener" Sache dem Schutzmann eine Exekutivgewalt vorzutäuschen, die er „gar nicht besaß". Ist wohl ein solcher Mann qualifiziert für das über den Parteien stehende Amt eines Richters?

Eine rechtlich denkende Frau.

Bürgerliche Vereinsagitation in der Schulstunde

treiben die Lehrer J. und H. der Bezirksschule zu Schlutup. Die neugegründeten Schülerabteilungen des Arbeiter-Turn-Vereins sind den Herren ein Dorn im Auge. Sonst hatte die Deutsche Turnerschaft in Schlutup kein Interesse, aber jetzt mit einem Male versuchen sie die Schüler in ihren Verein zu bekommen, denn die Kinder wurden gefragt, wer aus Frei Heil (Arb.-T.-V.) in Gut Heil (D. T.) übertreten wolle und noch anderes mehr. Herr J. wollte dann ihr Vorturner und Turnlehrer sein. Wenn Herr J. Interesse an den Schülern hat, ist im Arbeiter-Turn-Verein auch Platz für Turnlehrer. Agitation darf in der Lehrstunde nicht getrieben werden. Die Eltern aber sollten wissen, wohin ihre Kinder gehören. Darum schickt sie in den Verein, in welchen sie als Arbeiterkinder gehören, fleißig zum Turnen und Spielen: in Frei Heil.

Arbeiter-Turn-Verein Schlutup.
Johannes Stenck, Vorsitzender.

Licht in die Gangwohnungen.

Seit einiger Zeit brennen hier wieder die Straßenlaternen, was sehr zu begrüßen ist. Wäre es nicht möglich, daß auch die Laternen in den Gängen wieder in Funktion gesetzt würden? Denn dort herrscht abends meistenteils eine ägyptische Finsternis. Man muß sich wundern, daß keine Unglücksfälle vorkommen. Um die notwendige Beleuchtung durchzuführen, können ja ein paar Laternen an der Straße weniger brennen; denn wir Gangbewohner sind ebenfalls berechtigt, etwas Licht zu verlangen. Was dem einen recht ist, ist dem andern billig. O. H.

Literarisches.

Von der Neuen Zeit ist soeben das 28. Heft vom 2. Band des 37. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Der Gewerkschaftskongreß zu Glasgow und die Gärung in der englischen Arbeiterschaft. Von Heinrich Cunow. — Sozialisierung der Wirtschaft. Sozialkritische Skizze von Professor Franz Staudinger (Darmstadt). — Zur Reform der Verwaltungsgerichtsbarkeit. Von Wilhelm Guske. — Wenn Arbeiter erzählen . . . Von Ludwig Lessen. — Literarische Rundschau: Paul Göhre, Der unbekannte Gott. Front und Heimat. Von Karl Vorländer. E. Kobrak, Säuglingspflege. Von Dr. B. — Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 6,50 Mk. das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 50 Pfg.

Die Religion des Sozialismus, Grundlinien einer natürlichen Religion, zugleich ein Versuch einer naturwissenschaftlichen Begründung des Sozialismus von Dr. Gustav Hoffmann, einem Mitarbeiter unseres Blattes. Verlag für sozialistische Lebenskultur, Rostock. Zu beziehen von der Auslieferung des Verlages für sozialistische Lebenskultur, Weimar, Brennerstraße 18, unter Einsendung von 4,90 Mk. für das geheftete oder 6,25 Mk. für das gebundene Exemplar (Postscheckkonto Leipzig Nr. 83576). Bei Nachnahme jetzt 60 Pfg. Gebühr. Von ganz neuen Wegen geht der Verfasser an den Sozialismus heran. Er sucht die Idee des Sozialismus in der Natur wieder. Alles ist Natur, so sagt er, auch der Mensch. Darum haben die natürlichen Gesetze auch im Menschheitsleben zu gelten. Und es wird aus einer Fülle von Beispielen aus der Naturentwicklung das leitende Gesetz der Entwicklung herausgeschält und bewiesen, wie das heutige Leben diesem leitenden Gesetze nicht entspricht, daß allein der Sozialismus die Natur darstellt, die höchste Vollendung der Natur, die Liebe. Liebe ist denn der Ausklang des Buches: Sozialismus ist Liebe. Wir können das Buch unsern Parteigenossen aufs wärmste empfehlen.

Inserate finden durch den „Lübecker Volksboten" in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im Lübecker Volksboten

Carl Folkers Möbelmagazin 25 Marlesgrube 25. Vollständige 8265 Wohnungseinrichtungen Selbstgefertigte Arbeiten. Größte Auswahl. Billigste Preise. Weitgehendste Garantie. Zimmereinrichtungen stets vorrätig. Fernsprecher 2734.

Jedes Ungeziefer vertilgt unter Garantie Wilh. Klüssendorf, beeid. Kammerjäger u. öfftl. Sachverständig., Kl. Burgstraße 18a, Tel. 1509. Spezialist (8259 für Wanzenvertilgung.

Prima-Wechsel in Block. Zu beziehen Friedr. Meyer & Co.,

Ad. Hübner, Uhrmach. u. Goldarbeit., Fünfhausen 13. Eig. Reparaturwerkstatt. 8261

Zahn-Praxis (8262 WILLY KOCH Lübeck, Holstenstr. 21, I.

Patent-Matratzen, Auflege-Matratzen, jed. Maß in kürz. Zeit. Gebr. Heft, Lübeck, Untertrave 111/112. (8263

A. Zimmermann Glasermeister Inh.: Paul Walter wohnt jetzt 8289 Helenenstr. 7.

J. Rosehr, Uhrmacher, Kl. Kiesau 20. (8327

Nehme Pelze und Muffen zum Füttern (8268 und Umarbeiten an. Baguhl, Fischergrube 28, pt.

8320 Sonntag morgen frische Ia. Ostsee-Goldbutt. Johannes Boy, Fischergrube 20, Keller.

Brauereien Brauerei zur Walkmühle

Hansa-Brauerei A.G. Lübeck.

Herrenartikel Heinrich Waller Breitestr. 60 Herren Wäsche, Krawatten, Unterzeuge Hüte, Schirme etc.

Lederhandlungen Franz Schütt, vorm. Carl Rohde, Hundestr. 64 Gerberei :: Lederhandlung Spezialität: Pelzfell-Zurichterei.

Praktischer Wegweiser Erscheint wöchentlich einmal :: empfehlensw. Geschäfte Zur gefl. Beachtung empfohlen

Vollerts Reisebüro Lübeck T 8868 Nordische Verkehrs-Zentrale Wohnungsnachweis Versicherung und Beförderung von Reisegepäck

Bavaria-Brauerei Hamburg-Altona Niederlage Lübeck Lindenstr. 60a Tel. Nr. 474

Die Biere der Schloßbrauerei Kiel werden überall bevorzugt.

Trinkt Lübecker Vereins-Bräu

Zigarrenhandlungen Adolf Röhrich Holstenstraße 2. Ecke Schüsselbud.

Jeder trinkt Lübecker Bürgerbräu Aktienbierbrauerei Lübeck.

Weine Wilhelm Rahfoth Untertrave 113 Telephon 687 vorteilhafte Bezugsquelle von diversen Weinen u. Spiritusen

Ratzeburg Ratzeburger Aktien-Brauerei

Der neue Welt-Kalender für 1920 ist jetzt erschienen. Preis 80 Pfg. Zu beziehen: Buchhandlung Friedr. Meyer & Co. und deren Kolporteure.

Warenausgabe
in der Woche vom 6. Oktober bis 12. Oktober 1919.

Auf die Bezugskarten des Lebensmittelkartenheftes und die Lebensmittelkarte:

Butter:	Abschnitt	98	30 Gramm Butter zum Preise von 36 Pfg.
Speisefett:	„	98	125 Gramm Margarine zum Preise von 87 Pfg.
Zucker:	„	134—138	je 125 Gramm bis zum 26. Oktober 1919.
Zucker:	„	G 7	1 H-Packung Süßstoff zum Preise von 50 Pfg. in den am 25. 9. 1918 bekanntgegebenen Geschäften erhältlich.
Mühlenfabrikate:	„	126	250 Gramm Haferflocken z. Preise von Mk. 1.60 für 1 Pfund.
Warenkarte:	„	168	125 Gramm Reis zum Preise von Mk. 3.80 für 1 Pfund.
Aufstrichmittel:	„	98	125 Gramm Kunsthonig z. Preise von 80 Pfg. für 1 Pfund.

Auf die Bezugskarten des Lebensmittelkartenheftes sind Butter, Speisefett, Zucker, Haferflocken und Aufstrichmittel in den Geschäften zu entnehmen, bei welcher die Anmeldung des Bezugsrechts erfolgt ist. Auf die Lebensmittelkarte dürfen diese Waren nur in den auf der Rückseite der Karte verzeichneten Geschäften entnommen werden.

Die auf Abschnitt 168 der Warenkarte zur Ausgabe gelangenden 125 Gramm Reis sind in den Geschäften zu entnehmen, bei welchen die Anmeldung des Bezugsrechts für Mühlenfabrikate erfolgt ist.

Auf die Bezugsausweise für Militärurlauber in der Woche vom 6. Oktober bis 12. Oktober 1919:

Ganze Wochenmenge wie bei der Lebensmittelkarte.

Halbe	„	75	Gramm Margarine
		75	„ Zucker
		125	„ Haferflocken
		75	„ Reis
		125	„ Kunsthonig.

Die Ware ist in den auf der Rückseite der Karte verzeichneten Geschäften zu entnehmen.

Auf Butterbezugshefte: 6/9 der höchstzulässigen Bezugsmenge und zwar 3 Teile in Butter und 3 Teile in Margarine.

Lübeck, den 4. Oktober 1919. (8277

Das Landesversorgungsamt.

Ausgabe von Kartoffelkarten zur Durchführung der Winterversorgung.

I.

Die Ausgabe von Kartoffelkarten zur Durchführung der Winterversorgung findet statt:

Für die Bezirke:

1. Jacobi-Quartier,
2. Marien-Magdalenen-Quartier,
12. Vorstadt St. Gertrud 1,
13. „ „ „ 2,

Ausgabestelle: Königstraße 13 I.

3. Marien-Quartier,
4. Johannis-Quartier,
5. Vorstadt St. Jürgen 1,
6. „ „ „ 2,

Ausgabestelle: Stadthalle, Eing. Gartenseite.

7. Vorstadt St. Lorenz 1,
8. „ „ „ 2,

Ausgabestelle: Restaurant „Zu den 3 Ringen" Hansastraße 3.

9. Vorstadt St. Lorenz 3,
10. „ „ „ 4,
11. „ „ „ 5,

Ausgabestelle: Restaurant „Friedrichshof", Schwartauer Allee 111.

16. Schlutup,
Ausgabestelle: Polizeistation.

14. Travemünde mit Gneversdorf,
Ausgabestelle: Geschäftsstelle der Behörde für Travemünde.

In allen vorgenannten Ausgabestellen erfolgt die Ausgabe für die Personen, deren Familienname mit dem Anfangsbuchstaben

A bis **J** beginnt, am Montag, dem 6. Oktober 1919,
K „ **R** „ „ Dienstag, „ 7. „ „
S „ **Z** „ „ Mittwoch, „ 8. „ „
von 8—3 Uhr.

15. Kücknitz mit Herrenwyk, Waldhusen und Försterei,
Ausgabestelle: Bezirksschule in Kücknitz, am Donnerstag, dem 9. Oktober 1919, von 8—3 Uhr.

17. Dänischburg mit Siems,
Ausgabestelle: Bezirksschule in Siems, am Montag, dem 6. Oktober 1919, von 10—1 und von 4—6 Uhr.

18. Moisling mit Genin, Geniner Ziegelei, Moislinger Heide und Buntekuh,
Ausgabestelle: Rest. Kaffeehaus Moisling, am Freitag, dem 10. Oktober 1910, von 8—3 Uhr.

II.

Bei der **Ausgabe von Kartoffelkarten** sind die **„Ausweise zum Bezuge von Lebensmitteln"** vorzulegen.

III.

Kartoffelerzeuger, welche eine Fläche von mehr als 200 qm mit Kartoffeln bestellt haben, sind zur Entnahme von Kartoffelkarten nicht berechtigt, soweit und solange sie aus eigener Ernte den Bedarf ihrer Haushaltungsangehörigen in Höhe einer Tageskopfmenge von 1 Pfund decken können.

IV.

Die Kartoffelkarte zerfällt in 2 Abschnitte, Bezugskarte A über 150 Pfund und Bezugskarte B über 100 Pfund. Die Belieferung dieser Bezugskarten **durch die Händler** darf erst nach vorheriger besonderer Bekanntmachung erfolgen; durch die lübeckischen Erzeuger kann sie sofort geschehen. Die Händler und die Erzeuger haben die von ihnen belieferten Kartoffelkarten an die Städtische Kartoffelstelle allwöchentlich abzuliefern.

V.

Wer diesen Vorschriften zuwiderhandelt oder unrichtige Angaben macht, unterliegt den bestehenden Strafbestimmungen.

Lübeck, den 4. Oktober 1919. (8316

Das Landesversorgungsamt
Abt. II, Städtische Kartoffelstelle.

Ausgabe von amerikanischem Weizenmehl.

Vom Montag, dem 6. Oktober bis zum Freitag, dem 10. Oktober werden auf Abschnitt A der Brotkarte und auf die für Kinder unter 1 Jahr ausgegebene Zusatzkarte wahlweise 250 gr 94%iges Weizenmehl zum Preise von 18 Pfennig oder 250 gr amerikanisches Weizenmehl zum Preise von 42 Pfennig ausgegeben. Selbstversorger mit Brotgetreide haben auf dieses Mehl keinen Anspruch.

Ohne Hingabe der oben bezeichneten Abschnitte darf Mehl weder abgegeben noch entnommen werden, auch darf auf die in den Vorwochen aufgerufenen Abschnitte Mehl nicht mehr abgegeben oder entnommen werden.

Lübeck, den 3. Oktober 1919. (8318

Das Landesversorgungsamt.

Kartoffeln.

I.

Vom 6. Oktober bis 12. Oktober dürfen auf **Abschnitt 4 der roten Kartoffelkarte, Unterabschnitt 1—7, je 1 Pfund Kartoffeln** entnommen und abgegeben werden.

II.

Zuwiderhandlungen unterliegen den bestehenden Strafbestimmungen.

Lübeck, den 4. Oktober 1919. (8314

Das Landesversorgungsamt.
Abt. II, Städtische Kartoffelstelle.

Höchstpreise für Kartoffeln.

In Ergänzung der Bekanntmachung vom 15. September d. Js. über Höchstpreise für Kartoffeln wird bestimmt:

I.

Der Preis für Speisekartoffeln bei Lieferung durch lübeckische Erzeuger frei Haus des Verbrauchers beträgt **Mk. 12,—** für den Zentner.

II.

Die Ueberschreitung dieses Höchstpreises unterliegt den bestehenden Strafbestimmungen.

Lübeck, den 4. Oktober 1919. (8315

Das Landesversorgungsamt.

Ausgabe von Lübecker Kautabak.

In der Woche vom 6. bis 11. Oktober werden Kautabakkarten der Reihe D, E, F nach dem folgenden Plan beliefert. Die einzelne Karte kann nur bei der angegebenen Verkaufsstelle vorgezeigt werden. Mit der Karte ist der Lebensmittelausweis des Inhabers vorzulegen.

St. Jürgen.

Reihe D	1	bis	200	bei	**C. Brust,** Chaisotstr. 14.
„ „	201	„	400	„	**Heinr. Imdiche,** Blankstr. 25.
„ „	401	„	600	„	**E. Bollhorn,** Pelzerstr. 19 a.
„ „	601	„	800	„	**Joh. Schnauer,** Bäckerstr. 9.
„ „	801	„	1000	„	**H. Blunck,** Kronsf. Allee 51.
„ „	1001	„	1240	„	**K. David,** Feldstr. 2.
„ „	1241	„	1492	„	**O. Kreutzfeld,** Travelmannstraße 21.

Holstentor-Süd.

Reihe E	1	bis	200	bei	**A. Denker,** Margaretenstr. 1.
„ „	201	„	400	„	**Fr. Dankert,** Schützenstr. 25a.
„ „	401	„	600	„	**Rud. Diederichs,** Moislinger Allee 2c.
„ „	601	„	800	„	**E. Levzau,** Moisl. Allee 38 a.
„ „	801	„	1000	„	**Fr. Gell,** Töpferweg 70.
„ „	1001	„	1205	„	**Sop. Carstens,** Dornestr. 24.
„ „	1206	„	1605	„	**G. Thörenberg,** Alfstr. 15.
„ „	3001	„	3100	„	

Holstentor-Nord.

Reihe F	1	bis	200	bei	**Johs. Piehl,** Warendorpstr. 41
„ „	201	„	303	„	**Chr. Brunns,** Schwartauer Allee 217.

Verkaufspreis 40 Pfg. (Abschnitt 3).

8338 **Das Landesversorgungsamt.**

Gelernte, zuverlässige

Schiffszimmerleute und Bootsbauer

für Fischereifahrzeuge und Luxusbootsbau

zum sofortigen Antritt gesucht. Dauerstellung. Einstellung erfolgt auf Grund der Tarifbestimmungen zu günstigen Bedingungen. Unterkunftsmöglichkeit gesichert. Meldungen erbeten an (8270

Pommern-Werft, G. m. b. H., Swinemünde, Grüne Fläche

Der dritte Teilbetrag der Grundsteuer

für 1919/20 ist für die Grundstücke in der Stadt in der Zeit **vom 1. bis 10. Oktober ds. Js.** bei Vermeidung des Zuschlags der gesetzlichen Gebühr zu entrichten. (8273

Lübeck, d. 30. Sept. 1919.

Die Steuerbehörde.

Umsatzsteuer.

Die vorgeschriebenen Erklärungen über den Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Entgelte für **Luxusgegenstände im Monat September ds. Js.** sind dem unterzeichneten Umsatzsteueramt vor Ablauf des Monats Oktober ds. Js. schriftlich einzureichen oder mündlich abzugeben. Vordrucke können im Steueramt, Zimmer Nr. 7, **kostenlos entnommen werden.**

Die Abgabe der Erklärung kann durch Geldstrafen erzwungen werden. (8278

Lübeck, den 2. Okt. 1919.

Das Umsatzsteueramt.

Bekanntmachung.

Das Wohlfahrtsamt

hält hinfort am ersten Dienstag des Monats,

nachm. 3—5 Uhr,

erstmalig am Dienstag, dem 7. Oktober 1919, in den Räumen der amtlichen Geschäftsstelle

Sprechstunden in Schlutup

ab. Erteilung von Rat und Auskunft auf den verschiedenen Arbeitsgebieten des Wohlfahrtsamtes, insbes. Beratung in Rechtsfragen (nur an Minderbemittelte), sowie in Fragen des Mieterschutzes, der Kriegsbeschädigten-, Kriegshinterbliebenen- und Kriegsgefangenenfürsorge usw.

Lübeck, 3. Okt. 1919.

8334) **Das Wohlfahrtsamt.**

Erna Teckenburg
Heinrich Schlüter
Verlobte
Lübeck, den 4. Okt. 1919
Kl. Kiesau 12. (8298

Henny Stegmann
Adolf Schulz
Verlobte.
Lübeck. (8328

Für erwiesene Aufmerksamkeiten zu unserer Hochzeit danken herzlich (8297
Joh. Dibbern und Frau,
Laboe b. Kiel. geb. Pusback.

(Ortsgruppe Lübeck.)

Gruppe z. Pflege der Volkstänze u. Volksp.

Am 30. September starb unsere Freundin

Adelheid Jaekstat

Ehrenvolles Andenken!

Sammeln zur Trauerfeier am Montag, 3½ Uhr, bei der Leichenhalle des Vorwerker Friedhofes.

8330) **Der Vorstand.**

Zur Einmachezeit

verwende jede Hausfrau die seit Jahren beliebten Marken:

Echter **Surol** der beste — Echter **Essig** — Echter **Ceka** der gesüßte

besonders preiswert und vorzüglich als Einmache-, Haushaltungs- u. Salat-Essig.

zum Einmachen und als Salat-Essig mit allen Gewürzen, fertig zum Gebrauch. Erspart jeden Zuckerzusatz.

In Originalflaschen überall erhältlich. — **Man achte auf die Namen Surol und Ceka und weise Nachahmungen zurück.** (8274

Lübecker Essig- u. Senf-Fabrik Gebr. Buck & Wiegels G. m. b. H.
Königstraße 100. **Lübeck** **Telephon 369.**

Wir bitten etwaige noch unerledigte Ansprüche aus Quittungen über im Jahre 1915 an das Lazarett Alte Irrenanstalt gelieferte Gegenstände bis zum zehnten Oktober bei unserer Geschäftsstelle, **Große Petersgrube 4,** vormittags zwischen 10 und 12 Uhr anmelden zu wollen.

Vereine vom Roten Kreuz
8276) **Abteilung Liebesgaben.**

10858

Bekanntmachung.

Das **Wohlfahrtsamt** hält hinfort am ersten Mittwoch des Monats, **vorm. 9—11 Uhr,** erstmalig am Mittwoch, dem 8. Oktober 1919, in den Räumen der Geschäftsstelle der Behörde für Travemünde

Sprechstunden in Travemünde

ab. Erteilung von Rat und Auskunft auf den verschiedenen Arbeitsgebieten des Wohlfahrtsamtes, insbes. Beratung in Rechtsfragen (nur an Minderbemittelte), sowie in Fragen des Mieterschutzes, der Kriegsbeschädigten-, Kriegshinterbliebenen- und Kriegsgefangenenfürsorge usw.

Lübeck, 3. Okt. 1919.

8334) **Das Wohlfahrtsamt.**

Für die uns zu unserer Vermählung erwiesenen Aufmerksamkeiten und Geschenke danken herzlich (8301

Johannes Faasch
und Frau Anna, geb. Fick.

Saub. ordentl. **Mädchen** zum 1. November gesucht. Näheres Bad Schwartau,
8272) Cleverbrückstr. 4.

Malergehilfen und Anstreicher sucht (8249
Aug. Fölsch,
Bei St. Johannis 22.

Große fast neue **Gartenbude** zu verk. (8299
Näh. Falkenwiese 15.

Pelzkragen (schwarz) zu verkaufen.
8337) Blanckstr. 28, I., l.

Zu verk. Rouleaus 125×235. Tisch 45×38, gr. schw. gußeis. Topf, Inh. 50 L., kl. Standuhr, Kr.-Muff, r. G.-reif., Kl. u. D. f. Wckgl. u. v. **Stahl,** Wahmstr. 38. Hth.

Ca. 20 starke gebr. Säcke billig zu verk. Ang. u. **A C 6** an die Exp. (8303

Zu verk. 1 eis. **Ofen** mit Kochpl. u. 1 mahag. **Eckschr.**
8300) Reiferstr. 36 I.

Starker neuer **Blockwagen** zu verkaufen. (8304
Goebenstr. 13 III., l. (Marli).

Kleiner Kachelofen auf Abbruch zu verkaufen. (8302
Näheres Gr. Kiesau 24.

Eine junge **Ziege zu verk.**
Stockelsdorf, Lohstr. 32.

Junge Kaninchen z. verkaufen, Stck. 2 Mk.
8324) Kl. Vogelsang 7.

50 prima Ferkel von 35 Mk. an.
P. Stuwe,
8325) Schönböckenerstr. 18.

Als Mitglieder werden v. einem Bauverein gesucht

3 Maurer, 2 Zimmerer, 2 Tischler und 1 Buchhalter.

Interessenten wollen sich melden unter **A K** an die Exped. d. Bl. (8320

Aerztl. Sonntagsdienst (8335
Dr. Heddinga, Geibelplatz 1.
Dr. Wex, Ratzeburg. Allee 2a.
Frl. **Dr. Haas,** Moisl. Allee 2a

Zahnarzt Hegewisch
zurückgekehrt. (8275

Dr. med. Ahlenstiel 8296
von der Reise zurück.
Spr. Stockelsdorf, Ahrensbökerstraße, 8—9, 5—7, Sonntags nur 8—9. Arzt für alle Kassen. Tel. 1337.

Dr. med. Dornseiffer
verreist bis Montag, den 13. d. M. (8279

Jedes Ungeziefer
vertilgt unter Garantie
Fr. Kröger,
beeidigter Kammerjäger und öffentl. Sachverständiger
Alfstr. 3. Tel. 1794.
8322) **Spezialist für Wanzenvertilgung.**
Hierin gänzlich unerreicht.

Reuters Werke
2 Bände **11.—** Mk.
Schillers Werke
2 Bände **11.—** Mk.
Freiligraths Werke
1 Band **8.50** Mk.
Hauffs Werke
mit viel. Illustr. **11.—** Mk.
Buchhdl. Fr. Meyer & Co.
Johannisstr. 46.

Pelz-Haus
Fr. Zimmermann
Beckergrube 50, I
bietet an als besonders vorteilhaft
große Posten
Alaskafuchs
Blaufuchs
Zobelfuchs
v. 200 Mk. an.

Skunks Canin
Blaufuchs Canin
Zobel Canin
Eleg. Kragen und Muffen
modernste Formen
Mk. 45, 60, 75, 90, 125, 160.

Leichte Pelzhüte
Mk. 45. 90, 150.

Pelzfelle, Kindergarnituren
in allen Preislagen.

Umarbeitungen
jetzt noch schnell und billig.

Möbel

Schlafzimmer
Wohnzimmer
Küchen-Einrichtungen
sowie sämtl. Einzel-Möbel
zu bekannt billigen Preisen.

Vereinigte Möbelkaufhäuser
73 Königstraße 73.
Fernspr. 641. (8268

Beste Bezugsquelle für

Blockwagen
in allen Größen, bis 8 Ztr. Tragkraft, auch zerlegbar.
C. Bliesath Ww.,
8266) Sandstraße 9.